

Berlin: Messerattacke gegen Stadtkewitz-Neffen



Seit Jahren berichten wir über die zunehmende Gewalt und Brutalität in allen Ballungsgebieten. Die Täter sind meist Türken oder Araber oder deren Nachkommen, die hier Aufenthaltsrecht genießen, den Freiheitsbegriff jedoch anders verstehen. Immer wieder kommt es zu brutalen Überfällen, mit erheblichen Verletzungen. Nun hat es den Sohn der Schwester des Berliner Abgeordneten René Stadtkewitz getroffen (Foto).

Die Berliner Polizei berichtete am 28. Dezember 2009 ([Link nicht mehr verfügbar](#)) über die Tat:

Am 27.12.2009 gegen 22.30 Uhr wurden er und drei Freunde nahe der Straßenbahnhaltestelle in der Thomas-Mann-Straße / Greifswalder Straße in Berlin – Prenzlauer Berg von drei türkisch- oder arabischstämmige Jugendliche aufgefordert, Bargeld und Handys herauszugeben. Nach dem Stadtkewitz der Aufforderung nicht nachkam, zog einer der Angreifer ohne Vorwarnung ein Messer und fügte ihm eine tiefe Schnittwunde zu, die nur knapp sein linkes Auge verfehlte und sich vom Auge bis über die Oberlippe zieht (siehe Foto). Der 16-jährige wird nach dieser Messerattacke wohl sein Leben lang gezeichnet sein. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Die drei Angreifer flüchteten mit der Straßenbahn Richtung Alexanderplatz.

Auch [Berlin-Aktuell](#) berichtete, jedoch wie gewohnt unter Weglassung des Immigrationshintergrundes der Täter:

Der junge Mann stand um 22 Uhr 30 mit drei Freunden an einer Tram-

Haltestelle in der Thomas-Mann-Straße, als er von einem Jugendlichen aus einer Gruppe von drei Personen heraus unter vorgehaltenem Messer zur Herausgabe von Bargeld aufgefordert wurde. Als er entgegnete, dass er kein Bargeld dabei habe, verletzte ihn der Unbekannte im Gesicht. Anschließend flüchteten dieser und seine Begleiter ohne Beute mit der Straßenbahn. Das Opfer kam zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus.

Sein Onkel, René Stadtkewitz, ist schockiert. „Es ist nahezu unmöglich, sich vor solchen Angriffen zu schützen, wenn – wie hier wieder einmal geschehen – ohne jegliche Vorwarnung sofort scharfe Messer gezogen werden. Diese Schwerverbrecher, die ihm das angetan haben, gehören schnellst möglich hinter Schloss und Riegel oder wenn irgendwie möglich, abgeschoben.“

Leider werden solche Überfälle immer seltener aufgeklärt. Der Berliner Senat hat die Polizei seit Jahren stetig geschwächt. Es ist kaum zu erwarten, dass sie in der Lage sein wird, die Täter dieser brutalen Straftat zu finden.

Mit einer Zettelaktion im Umfeld des Tatortes und entlang der Straßenbahnlinie versucht René Stadtkewitz nun Zeugen für den brutalen Überfall auf seinen Neffen zu finden. „Es kann nicht sein, dass diese Verbrecher nicht zur Verantwortung gezogen werden. Es muss Zeugen geben, die mit der Straßenbahn fahren, in die die Täter geflüchtet sind.“

Wer zufällig in der Nähe war oder in der Straßenbahn saß, wird gebeten, sich unter info@meideu.de bei René Stadtkewitz zu melden. Hinweise werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

[Giordano verteidigt Schweizer Minarett-Votum](#)



Die BILD gibt Ralf Giordano heute Gelegenheit zu einer [ausführlichen Stellungnahme](#) zum Ausgang der Schweizer Volksabstimmung im Besonderen und zur Islamkritik allgemein. Giordano prangert an, dass in die rechte Ecke gestellt wird, wer kritische Fragen stellt und dass Probleme mit der Integration von Moslems von dieser Minderheit selbst ausgehen. Zustände, die mit Grundgesetz und Menschenrechten nicht vereinbar sind, müssen angesprochen werden dürfen.

Giordano schreibt unter anderem:

57 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben gegen den Bau weiterer Minarette in der Schweiz gestimmt – es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, zu welchem Ergebnis eine entsprechende Abstimmung in Deutschland führen würde.

Wird nun die Mehrheit der Eidgenossen zu lauter verkappten Faschisten erklärt? Jede Kritik am Islam als Beleidigung denunziert? Und jeder Kritiker als Rassist enttarnt?

Schluss, endlich Schluss mit den Totschlagargumenten einer „political correctness“, die mit der Autorität einer Staatsräson auftritt!

Ein Gemisch aus Multikulti-Illusionismus, Sozialromantik, Gutmenschtum und Umarmungstendenzen. Kurz, eine Haltung, die sich von Grund auf scheut, anti-emanzipatorische und menschenrechtsferne Mentalitäten, Sitten, Gebräuche und Traditionen der muslimischen Minderheit auch nur anzusprechen, geschweige denn zu thematisieren.

Dabei sind das größte Tabu die Integrationshemmnisse, die aus der Minderheit selbst kommen. Zustände, die mit Grundgesetz und Menschenrechten nicht vereinbar sind.

Migration und Integration sind längst eines der großen Probleme der deutschen (und europäischen) Innenpolitik geworden, und werden es wahrscheinlich quer durch das 21. Jahrhundert auch bleiben.

Auf keinem Gebiet aber ist die Kluft zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung, also zwischen politischer Klasse/Medien und „gewöhnlichen Bürgern“ größer als auf diesem. Die Reaktionen auf die Schweizer Volksabstimmung haben das nur noch einmal bestätigt.

Diagnosen tun weh.

Durch eine total verfehlte Immigrationspolitik stoßen hier zwei Kulturkreise in jeweils sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien aufeinander:

- Der abendländisch-christliche Kreis, der in den letzten fünfhundert Jahren mit Renaissance, Aufklärung, bürgerlichen Revolutionen und ihrer Fortschreibung durch die Jahrhunderte einen gewaltigen Sprung nach vorn getan hat.
- Der islamische Kreis, eine Welt, die nach einem Kulturhoch am Ausgang des Mittelalters, von dem Europa nur beschämt werden konnte, auf eine verstörende Weise stagniert. Anpassungsversuche an die Moderne führen zu schweren Erschütterungen. Dabei zeigt gerade die Türkei auf mannigfache Weise, wie schwer es selbst eine teilsäkularisierte muslimische Gesellschaft mit Reformen hat.

In dieser Auseinandersetzung ist mir unbeabsichtigt eine Schlüsselrolle zugefallen. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kölner DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.), Bekir Alboga, am 11. März 2007 habe ich vor laufender Kamera den Bau der Köln-Ehrenfelder Großmoschee und Pläne für fast zweihundert weitere Bauten dieser Art zu hinterfragen gewagt.

Die Wirkung war explosiv, der lokale Rahmen sofort gesprengt. Ich bekam Hunderte und Aberhunderte von Briefen, die alle den gleichen Tenor hatten: „Wir sind wie Sie über Erscheinungen der Migrationsszene beunruhigt, wagen es aber nicht, uns öffentlich zu äußern, weil wir dann in die rechte Ecke gestellt werden – wo wir nicht hingehören.“ Unter diesen Briefen, ich habe eine Nase dafür, war kein einziger ausländischer- oder fremdenfeindlicher. Ich hatte ausgesprochen, was viele gedacht, sich aber nicht zu sagen getraut hat. Was sich seither zeigte, ist erschreckend: In einer Atmosphäre weitverbreiteter Einschüchterung macht der aus der Nazizeit überhängende Schulddruck es auch den völlig schuldlosen Generationen unserer Gegenwart noch zusätzlich schwer, kritische Fragen zu stellen.

Das aber tut niemand schärfer als Muslime selbst, darunter Muslima wie Necla Kelek oder Seyran Ates, denen niemand Islamophobie vorwerfen kann. Sie sind es, die im Interesse der Integration den Finger in die Wunde legen, wieder und wieder. Kronzeuginnen für Verhältnisse, deren Behebung nur im ureigensten Interesse der muslimischen Minderheit liegen können. Allen voran die inakzeptable Rolle der Frau in der islamischen Gesellschaft, Fokus aller Reformen überhaupt.

(...)

Ich bin kein Türkenschreck, kein Anti-Muslim-Guru, ich habe nicht zum Bürgerkrieg aufgerufen. Ich habe durch kritische Fragen dazu beigetragen, einem von feigen deutschen Politikern und integrationsunwilligen Migranten verdrängten und geschönten Problem zu verstärktem öffentlichen Diskurs zu verhelfen.

Muss ich hier gebetsmühlenhaft abspulen, dass in dieser Auseinandersetzung Grundgesetz und Menschenrechte mein Kompass sind? So wie ich mein ganzes Leben gegen Nazismus, Faschismus und Stalinismus gekämpft habe, so werde ich überall da antreten, wo muslimischerseits die Gesellschaftsform angegriffen wird, in der ich mich nach bitteren biografischen Vergleichsmöglichkeiten einzig sicher fühle: in der demokratischen Republik.

Dabei stößt jede pauschale Ächtung, jede generelle Dämonisierung von Muslimen auf meinen Widerstand. Aber wann immer ich mit Riten, Sitten und Gebräuchen konfrontiert werde, die gegen meine Wertewelt gerichtet sind, werde ich auf meiner kulturellen Selbstbehauptung bestehen – so wie es die Schweizer mit ihrer Initiative gegen den Neubau von Minaretten getan haben!

In dieser erkämpften und erlittenen Position bin ich Rassist, Hetzer, Nazi und Judenschwein genannt worden. Neben Morddrohungen im Namen Allahs, die auch einen terrorgewohnten Mann wie mich schocken konnten, obwohl ich mein ganzes publizistisches Leben lang von rechts bedroht worden bin.

Nazi und Judenschwein in einer Person. Das hat schon was! Und es spricht für die Intelligenz und das Niveau, auf dem die Kritiker der Islamkritiker sich bewegen.

(Spürnasen: Thomas D., Rainer P., René T., Thomas F., Werner H., Arne, Volker, PrimusPilus und byzantion)

Gordon Brown zieht Immigrations-Notbremse



Der britische Premierminister hat wegen des Erstarkens der rechten Kräfte im Land und der Forderungen der Arbeiterschicht, nicht immer nur an die Ausländer zu denken, einen [drastischen Kurswechsel](#) vollzogen, um so vielleicht seine Macht noch halten zu können. Die Kehrtwende ist die letzte Chance für die einstige Arbeiterpartei „Labour“. Statt auf Immigration will die Regierung zukünftig verstärkt auf Qualifikation setzen.

Das Punktesystem, das über die Arbeitserlaubnis auf der Insel entscheidet, soll darum strenger werden. „Einwanderung ist weder allein ein Thema für Parteien am politischen Rand noch ein Tabu“, so der „neue“ Brown.

[Und weiter](#) (was in den deutschen Übersetzungen der Meldung mit Bedacht nicht steht):

„Ich habe dem faulen Elitismus, der Immigration als Thema ablehnt oder jeden, der sich Gedanken über die Zuwanderung macht, als Rassist darstellt, niemals zugestimmt.“ ... „Ich weiß, dass die Leute sicher sein wollen, dass die Neuankömmlinge die Pflichten wie auch die Rechte annehmen, die das Leben hier mit sich bringt – dem

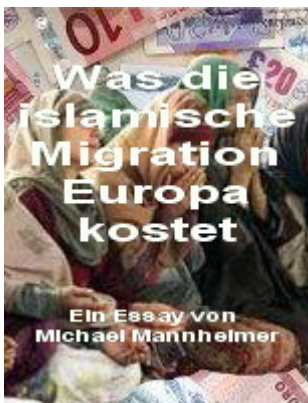
Gesetz Folge zu leisten, englisch zu sprechen und einen Beitrag zu leisten.“ ... „Sie wollen gewiss sein, dass das System hart und fair ist. Sie wollen sicher sein, dass die Neuankömmlinge im Land ihre Pflichten annehmen und den Gesetzen gehorchen.“ ... „Die Zuwanderung wird abnehmen.“

Am Ende überholt Labour-Brown die Rechten rechts.

(Mit Dank an alle Spürnasen)



Sozialkosten für Migration in Europa – Dänemark



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von Michael Mannheimer, das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 4: Beispiel Dänemark

Muslimische Einwanderer mit einem Anteil von vier Prozent an der Gesamtbevölkerung beanspruchen über 40 Prozent der gesamten dänischen Sozialausgaben – Jahr für Jahr. Doch sind die immateriellen Kosten – die Unterhöhnung von Freiheit und Demokratie des Landes sowie die immense Bedrohung der Dänen durch muslimische Kriminalität – erheblich größer und in Geldbeträgen nicht erfassbar.

Kosten muslimischer Immigration nach Dänemark

Die vier Prozent dänischen Muslime beanspruchen 40 Prozent der dänischen Sozialkosten: dies wurde bereits im Jahre 2002 von Daniel Pipes und Lars Hedgard in der [New York Post](#) beschrieben. Der überwiegende Prozentsatz aller Sozialhilfeempfänger mit „Migrationshintergrund“ waren Muslime und kam aus Ländern wie der Türkei, Somalia, Pakistan, Libanon und Irak. In diesem bemerkenswerten, weil zeitlich frühen und politisch ungewöhnlich „inkorrekten“ Analyse der beiden Journalisten wurden folgende Merkmale als typisch für muslimische Migration in Dänemark ausgemacht (*Jene in der Folge genannten sechs Hauptsymptome muslimischer Einwanderung gelten in nahezu identischer Weise für alle westlichen Länder, in denen eine nennenswerte muslimische Zuwanderung stattgefunden hat. Doch da es die Erfahrung des Autors ist, dass dies von manchem zwar so vermutet, aber nicht im Detail gewusst wird, hat er sich der Mühe unterzogen, die wesentlichen Kriterien islamischer Einwanderung Land für Land zu beschreiben in der Hoffnung, dass es den Menschen Europas und der restlichen freien Welt gelingt zu erkennen, dass es in ihren Nachbarländern genauso dramatisch aussieht wie bei ihnen zu Hause. Genaue Zahlen für die folgenden Jahre 2003 bis 2008 waren nicht recherchierbar*):

1. Leben auf Kosten dänischer Sozialhilfe

Mit vier Prozent Anteil an der dänischen Gesamtbevölkerung beanspruchen die muslimischen Einwanderer über 40 Prozent der gesamten dänischen Sozialausgaben

2. Migranten-Kriminalität

Muslime haben zwar „nur“ deinen Anteil von vier Prozent an der dänischen Gesamtbevölkerung (5,4 Millionen Einwohner), stellen aber die absolute Majorität aller verurteilten Vergewaltiger – was unter dem Gesichtspunkt, dass praktisch alle vergewaltigten Frauen nicht muslimisch waren, eine politische Zeitbombe sein dürfte.

Ähnliche disproportionale Ergebnisse gibt es für nahezu alle Bereich mittlerer und schwerer Kriminalität.

3. Selbstgewählte Isolation

Mit zunehmendem Bevölkerungsanteil wollen sich Muslime immer weniger mit der einheimischen dänischen Bevölkerung vermischen. Untersuchungen zeigen, dass nur noch fünf Prozent Muslime bereitwillig eine Dänin heiraten würden (*Anmerkung des Autors: Aus westlicher Sicht ist dies allerdings eher positiv. Denn erfahrungsgemäß konvertieren die meisten ethnisch-europäischen Ehepartnerinnen früher oder später zum Islam, da sie dem ungeheuren und steten Druck seitens angeheirateten muslimischen Familie auf Dauer nicht gewachsen sind. Wobei ihnen systematisch verschwiegen wird, dass es sich um eine Sackgasse handelt: denn ein Austritt aus dem Islam ist nicht mehr möglich. Für diesen Fall droht der Tod*).

4. Import inakzeptabler Bräuche

Menschenrechtswidrige Zwangsehen innerhalb dänischer Muslime mitsamt deren Begleiterscheinungen wie (Ehren-)Mord und Verstümmelung im Falle, dass sie von einem Ehepartner nicht gewollt sind, sind ebenso ein riesiges Problem in Dänemark wie Morde und Morddrohungen gegenüber denjenigen Muslimen, die zum Christentum oder einer anderen Religion konvertieren (*Anmerkung: Dieser menschenrechtswidrige Brauch geht direkt auf Mohammeds Befehl zurück: „Tötet den, der seine Religion wechselt!“ und wird seit den Anfängen des Islam bis zur Gegenwart in allen islamischen Ländern vollzogen*).

5. Radikaler Antisemitismus

Israelkritische Demonstrationen haben mittlerweile den Charakter judenfeindlicher Tumulte angenommen (*Anmerkung: Dies gilt längst für alle europäischen Länder, in denen eine nennenswerte islamische Diaspora existiert*). Die islamische Organisation Hizb-ut-Tahrir rief öffentlich alle Muslime Dänemarks dazu auf, „Juden zu töten, wo immer ihr sie findet!“. Darüber hinaus lobte die Organisation das Kopfgeld von 30.000 US Dollar für die Ermordung prominenter dänischer Juden aus. Dänemarks schätzungsweise 6000 Juden sind extrem durch muslimische Gewalt bedroht und daher zunehmend von Polizeischutz abhängig geworden. Ein dänischer Schuldirektor sagte den Eltern jüdischer Schüler, dass er nicht länger für Sicherheit und Unversehrtheit der jüdischen Schüler auf seiner Schuler garantieren könne und schlug ihnen vor, ihre Kinder auf eine Privatschule ohne Muslime zu schicken.

6. Errichtung der Scharia in Dänemark

Muslimführer Dänemarks erklären in aller Offenheit, dass sie in Dänemark die Scharia einführen wollen, sobald die Zahl dänischer Muslime groß genug geworden ist – ein Ziel, das angesichts des auch in Dänemark explodieren muslimischen Bevölkerungswachstums bereits in greifbare Nähe gerückt ist.

Mindestens 6,7 Milliarden Euro zahlt Dänemark jährlich für seine Immigranten

Mindestens 6,7 Milliarden Euro an jährlichen Kosten für Migration. Das sind die vorsichtigen Schätzungen eines dänischen Thinktanks. Durch einen sofortigen Stopp der Einwanderung aus den unterentwickelten muslimischen könne Dänemark eine riesigen Summe an Geldern einsparen, welche wesentlich sinnvoller in dänische Entwicklungs- und Forschungsprogramme investiert werden könnten anstatt in ein Fass ohne Boden namens Sozialtransfer an muslimische Immigranten. Denn den meisten Einwanderern aus der Dritten Welt – zumeist Muslime – fehlen Qualifikationen selbst für niederste Arbeiten auf dem dänischen ,Arbeitsmarkt.

Dennoch verweisen auch die dänischen Muslime – wie in den übrigen Ländern Europas – stets und wahrheitswidrig auf ihren „immer bedeutender werdenden Beitrag“ zum dänischen Bruttoinlandsprodukt. Auch dieses Standardargument, von westlichen Medien dankbar und unkritisch übernommen, zeigt bei näherem Hinsehen, dass es auf tönernen Füßen steht. Denn in diesem „Beitrag“ befindet sich der volle Teil der finanziellen Unterstützung von Dänemarks Muslimen durch den dänischen Wohlfahrtsstaat – also jene anfangs erwähnten 40 Prozent aller jährlichen dänischen Gesamtausgaben für Soziales. Es handelt sich also um Geld, das seitens der Muslime niemals verdient wurde und für die

sie keine Steuern gezahlt haben – staatliches Taschengeld sozusagen. Dass die Muslimvertreter die Stirn haben, dieses Taschengeld als ihren originären finanziellen Beitrag zum dänischen Brutto-Inlandsprodukt überhaupt zu erwähnen, ist eine Sache. Dass es seitens der Presse jedoch genau so und zumeist unkommentiert kolportiert wird, ein medienpolitischer Skandal und verdeutlicht auf ein Neues die Immunität und Erkenntnisresistenz linker Kreise gegenüber einer klaren und alarmierenden Faktenlage der Immigrationskosten sowie das Junktim zwischen linkem und islamischem Totalitarismus, wie er nicht nur in Dänemark, sondern in allen westlichen Ländern zu beobachten ist.

Da viele der regulär arbeitenden Muslime in Dänemark wie in den übrigen westlichen Ländern ebenfalls in der Schattenwirtschaft arbeiten (als Taxifahrer, Dönerbuden-Besitzer etc, Internetcafe-Betreiber), wo das eingenommene Geld relativ problemlos am Fiskus vorbei verdient werden kann, ist auch der Beitrag der nicht von Sozialzuwendungen abhängigen Muslime zum dänischen Haushalt in der Summe verschwindend gering. Denn auch finanziell unabhängige Muslime würden betrügen, so ein dänischer Finanzexperte. [Er führt weiter aus:](#)

„80 Prozent der Wirtschaft von Einwanderern in Odensee ist Schwarzmarkt. Das ist viel, und es kann nicht toleriert werden, denn das Gesetz gilt für alle gleichermaßen.“

Natürlich kann man keine Pauschalaussagen für eine ganze ethnische oder religiöse Gruppe treffen. Und natürlich gibt es zu jeder Standardaussage Ausnahmen – im positiven wie auch negativen Sinn. Und selbstverständlich gibt es auch in Dänemark ehrliche, steuerzahlende und friedliche Muslime. Der Autor kennt selbst solche und ist mit einigen seit Jahrzehnten befreundet. Aber es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass Muslime, insofern es sich um gute Menschen handelt, nicht wegen ihrer Religion, sondern trotz ihrer Religion gute Menschen geblieben sind. Und insofern sie ehrlich ihre Steuern zahlen, tun sie das nicht wegen, sondern trotz dem, was ihre Religionsführer ihnen predigen. Denn auch aus Dänemark liegen Berichte vor, wonach dänische Imame ihre Gläubigen öffentlich zu Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufgerufen haben – wie sie es in nahezu allen westlichen Ländern ebenso tun. Wiederum ein Punkt, worin sich der Islam von den übrigen Großreligionen fundamental unterscheidet.

82 Prozent aller Verbrechen Kopenhagens des Jahres 2005 wurden von muslimischen Einwanderern verübt


Auch in Dänemark hat die islamische Einwanderung zu einem historisch beispiellosen Höchststand schwerer Gewaltverbrechen sowie organisierter Kriminalität geführt. Ganze 82 Prozent aller Verbrechen Kopenhagens des Jahres 2005 etwa wurden von muslimischen Einwanderern oder von Nachkommen von Einwanderern verübt. Gegen Einwanderer der zweiten Generation musste die Polizei fünfmal häufiger Ermittlungen anstrengen als gegen ethnische Dänen. Auch jene Fakten werden von der dänischen Presse in aller Regel ihren Lesern vorenthalten.

Zur Abwehr gewalttätiger Migrantengangs haben sich inzwischen viele dänisch-stämmige Türsteher mit Gewehren oder Schlagstöcken bewaffnet. Denn die Brutalität, mit der Migrantengangs vorgingen, würde sogar die der berüchtigten Motorradgangs wie den Hell's Angels oder Banditos übertreffen, wie Beamte der dänischen Polizei berichten. Arne Johannessen von der norwegischen Polizeivereinigung [warnte bereits im Jahr 2001](#), dass die von Kriminalität verursachten Kosten sich im vergangenen Jahrzehnt verdoppelt haben könnten, insbesondere aufgrund massiver muslimischer Einwanderung.

Palästinensische Asylbewerber feuern mit scharfen Waffen auf dänische Polizei

Seit Mitte August 2009 haben palästinensische Flüchtlinge immer wieder auf dänische Polizisten [geschossen](#) – mit scharfer Munition. Allein in einem einzigen Falle konnten die Hülsen von 50 abgefeuerten Patronen sichergestellt werden, die Palästinenser auf dänische Rettungssanitäter und Polizisten abfeuerten. Dieser „umgekehrte Rassismus“ – anders kann dies kaum beschrieben werden – wurde bis heute seitens der westlichen Qualitätsmedien strikt totgeschwiegen. Die Linken des Westens scheinen nahezu alle mit dem Bazillus des „Palästinensianismus“ infiziert zu sein: in ihren Augen sind Palästinenser Freiheitskämpfer, die sich gegen die Willkür Israels und des Westens zur Wehr setzen. Dass jene „Freiheitskämpfer“ Israel ausradieren und alle Juden töten wollen (so steht dies in der Präambel der Hamas), dass sie sich gegenseitig um ein Vielfaches mehr umgebracht haben als von Israelis insgesamt getötet wurden, dass sie ihren „Verrätern“ bei lebendigem Leibe in aller Öffentlichkeit die Gedärme aus dem Bauch herausschneiden (und auch Kinder diesen Bestrafungszeremonien beiwohnen), dass sie aus dichtbewohnten Gebieten des Gazastreifens ihre Raketen in ausschließlich zivile Gebiete Israels abfeuern und damit gleich zwei Kriegsverbrechen begehen, dass sie ihre eigene Zivilbevölkerung systematisch als Geiseln missbrauchen, ihren Kindern nichts als Hass gegen Israel und den Westen allgemein lehren, dass Palästinenser wie die meisten anderen Araber Hitlerfans sind, dass Hitlers „Mein Kampf“ in Palästina und den übrigen arabischen Ländern (sowie der Türkei) ein Dauer-Bestseller ist, dass Hamas-Kämpfer Hakenkreuzfahnen der Nationalsozialisten hissen und den Hitlergruß zelebrieren, dass ihr gottgleich verehrter Arafat in den 40er Jahren von der deutschen Waffen-SS im Bombenbau und Guerilla-Kampf gegen die Juden unterrichtet wurde, dass er Jahrzehnte später sein eigenes Volk um Milliarden an europäischen Geldern betrog, dass die Palästinenser keine Unterstützung durch die stinkreichen Saudis, die ihren Sekt mit Goldsplättchen vermischt trinken, dafür aber von der EU erhalten – dies und anderes Unfassbare wird durch jene Medien ebenfalls totgeschwiegen oder nur (wenn überhaupt) zwischen den Zeilen erwähnt.

Systematische Integrationsverweigerung durch dänische Muslime

 Man stelle sich vor, ein chinesischer oder russischer Parlamentsabgeordneter rief die Taliban in Afghanistan öffentlich dazu auf, chinesische bzw. russische Soldaten zu töten, wo immer sich eine Gelegenheit dazu böte. Genau dies geschieht in Dänemark. Dort hat die dänisch-palästinensische Politikerin Asmaa Abdol-Hamid (Foto l.) alle ihre muslimischen Brüder im Irak dazu [aufgerufen, Dänen zu töten](#), wo immer sie

welchen begegnen würden. Abdol-Hamid kam 1986 zusammen mit ihrer gesamten Familie als palästinensischer Flüchtling nach Dänemark, wo ihr großzügig Asyl gewährt wurde – und wo sie eine erstklassige Schulausbildung genoss.

Was für ethnische Dänen Pflicht ist, gilt offenbar nicht für muslimische Dänen: wie in Schweden und Norwegen erscheinen seit jüngerer Zeit auch in Dänemark nicht mehr alle Schüler nach den Sommerferien pünktlich zum Unterricht. Denn 20 Prozent aller muslimischen Schüler befinden sich mit ihren Eltern weiterhin im Ausland, wie die renommierte Copenhagen Post [berichtet](#). Auch in Dänemark weisen die muslimischen Schüler die mit Abstand schlechtesten Schulleistungen aller Einwandergruppen sowie die höchste Schulabbrecherquote auf. Ein kleines, aber dennoch nicht unwichtiges weiteres Indiz für die Missachtung dänischer Gesetze und gesellschaftlichen Spielregeln durch Muslime in Dänemark.

Ein weiteres interessantes Beispiel islamischer Integrationsverweigerung (und ein Beispiel für die raffinierten Methoden der schleichenden Unterwanderung Europas durch den Islam) ist die zunehmend häufiger zu beobachtende Tendenz männlicher Muslime, sich von ihren Frauen zwar nach säkularem Recht scheiden lassen, aber nach dem islamischen Gesetz der Scharia weiterhin mit ihnen verheiratet zu bleiben. Auf diese „elegante“ Art wird dänisches Recht systematisch unterwandert, sukzessive und de facto scharistisches Recht installiert. Mit diesem Trick können sich muslimische Männer ihre vom Islam zugebilligten vier Frauen– als Gebärmaschinen quasi – auch im laizistischen Dänemark halten und sich damit mit einer im Vergleich zu den monogamen Dänen vierfach höheren Geschwindigkeit vermehren. Angesichts der Tatsache, dass auch in Dänemark die muslimische Geburtenrate deutlich über der einheimischen liegt, dürfte der tatsächliche Geschwindigkeitsvorsprung muslimischer Vermehrung innerhalb jener muslimischer De-Facto-Polygamisten jedoch noch um einiges höher liegen. Einige Wissenschaftler führen die Muslim-Unruhen von 2005 in Frankreich – vom kanadischen Journalisten Mark Steyn als

„der erste mit Sozialhilfe finanzierte Dschihad der Geschichte“
(ebd.)

beschrieben, auf jene inoffizielle (und gesetzwidrige) Polygamie zurück, die auch in Frankreich von zahlreichen muslimischen Männern praktiziert und von den französischen Steuerzahlern finanziert wird – eine Praxis, die sich in immer mehr europäischen Ländern beobachten lässt.

Muslimische Immigration ist in Wahrheit die Kolonisation und Eroberung Dänemarks durch den Islam

Eine bloße Integrationsverweigerung einer ethnischen Minderheit kann ein Staat – vielleicht – noch verkraften. Wenn jene Gruppe ansonsten den Staat und dessen Gesetze nicht bedroht und Steuern zahlt, aber ansonsten gerne unter sich bleibt, ist dagegen nicht unbedingt etwas einzuwenden. So leben in zahlreichen westlichen Metropolen chinesische Einwanderer in China-Towns, arbeiten hart und leben dort in aller Regel friedlich miteinander. Größere Probleme wurden bislang nicht bekannt.



Doch es ist etwas anderes, wenn eine Einwanderergruppe sich nicht nur abschottet, sondern den Staat, der sie aufgenommen hat, mittelfristig übernehmen will. So erklären auch in Dänemark muslimische Vertreter offen ihr Ziel, mittels ihres Bevölkerungszuwachses – die demografische Waffe des „Geburten-Dschihad“ ist die wohl effektivste Waffe islamischer Eroberung – den Staat eines Tages „friedlich“ zu übernehmen und dann die Scharia einzuführen (Vgl. hierzu: Daniel Pipes: *Ist etwas faul im Staate Dänemark?* In: *New York Post*, 27. August 2002).

Doch angesichts der bereits heute herrschenden bürgerkriegsartigen Szenarien in zahlreichen dänischen Wohnbezirken mit einer mehrheitlich muslimischen Wohnbevölkerung, angesichts der Zunahme von „No-go-Areas“ für Nicht-Muslime, angesichts einer fluchtartigen Abwanderung Tausender ethnischer Dänen aus ihren durch Muslime bedrohten Wohngebieten und einem darauffolgenden massiven Preiseinbruch der Immobilien, angesichts der exorbitant hohen Kriminalitätsquote dänischer Muslime, die insbesondere ethnische Dänen an Leib und Leben bedroht, kann von einer „friedlichen“ Eroberung Dänemarks schon längst keine Rede mehr sein.



Dänischer Imam nennt Weihnachten „pervers“ Der dänische Imam Abu Laban hat nicht nur in Dänemark den „Karikaturen-Streit“ erfolgreich entfacht. Nun wird er von einer dänischen Zeitung einen Tag vor dem Heiligen Abend im Interview mit den Worten zitiert, das christliche Weihnachtsfest sei „pervers“. (Quelle: Zeitung EkstraBladet, 23. Dezember 2006)

Derlei kennt man von keiner anderen Weltreligion, und es verwundert, dass Politik und Europa nicht schon längst aufgewacht sind. Vielleicht liegt es u.a. auch an der zeitlupeartigen Geschwindigkeit der Kolonisierung durch den Islam: sie geschieht so schleichend und langsam, dass sie unterhalb der normalen menschlichen Reaktionsgrenze liegt. Denn der Islam erobert Europa nicht blitzartig wie ein Adler einen Fuchs, sondern eher in Zeitlupe wie ein Chamäleon ein Insekt. Die muslimische Gemeinde Dänemarks verdoppelt sich etwa alle 10 Jahre, was demografisch eine exorbitante Bevölkerungsexplosion darstellt, aber innerhalb eines Menschenlebens so schleichend erfolgt, dass sie für den europäischen Normalbürger kaum wahrnehmbar ist.

Auch für Dänemark gilt daher: muslimische Immigration wird Dänemark seine Kultur, seine ethnische Dänen und am Ende Dänemark selbst kosten.

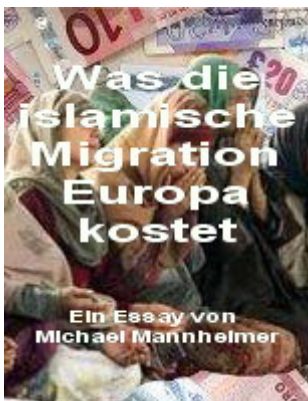
» Demnächst Teil 5: Schweiz

Bisher erschienen:

- » Teil 1: [Einleitung](#)
 - » Teil 2: [Beispiel Norwegen](#)
 - » Teil 3: [Beispiel Schweden](#)
- » Kontakt zum Autor: M.Mannheimer@gmx.net



[Sozialkosten für Migration in Europa – Schweden](#)



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 3: Beispiel Schweden

Fast 18 Prozent des jährlichen Steueraufkommens für Migrationskosten

Sozialkosten muslimischer Immigranten

Schwedische Schätzungen gehen davon aus, dass die Einwanderung das Land jedes Jahr mindestens 40 bis 50 Milliarden Schwedische Kronen [ca. 4,3 bis 5,3 Milliarden Euro] kostet, vermutlich jedoch mehrere hundert Milliarden, und dass sie massiv dazu beigetragen hat, den einst weltweit gerühmten schwedischen Sozialstaat an den Rand des Bankrotts zu bringen. Die für 2004

geschätzten Einwanderungskosten in Höhe von 225 Milliarden Kronen [24 Milliarden Euro], was keine unwahrscheinliche Schätzung ist, würden 17,5 Prozent des schwedischen Steueraufkommens desselben Jahres ausmachen, eine schwere Bürde in einem Land, das bereits eine der höchsten Steuerraten der Welt hat. Doch obwohl auch in Schweden gilt, dass die Kosten der Immigration deren Nutzen um ein Vielfaches übersteigen, fordert der sozialdemokratische Finanzminister Pär Nuder weiterhin unverdrossen:

„Schweden braucht mehr Einwanderer“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

angeblich, so Nuder, um das schwedische Sozialsystem zu sichern. Er verschweigt bei seiner Forderung jedoch, dass jenes einstmalige vorbildliche schwedische Sozialsystem genau von denjenigen Massen der (überwiegend muslimischen) Immigranten an den Rand des Ruins gefahren wurde, die schwedische Politiker als Rettung des schwedischen Sozialstaatsystems anpreisen.

Muslimische Integrationsverweigerung

Doch für einen gewissen Teil ist auch das großzügige schwedische Sozialstaatmodell für die Probleme mit seinen Migranten selbst verantwortlich. Mit seinen hohen Geldzuweisungen für Arbeitslose und sonstige Sozialleistungsempfänger wird ein nur geringer Anreiz geboten, sich real um Arbeit zu kümmern. So berichtet der Iraner Nima Sanandaji von seinen erstaunlichen Erfahrungen beim Zusammentreffen seiner Familie mit dem schwedischen Wohlfahrts-System:

„In Schweden fand meine Familie ein politisches System vor, das ihr sehr befremdlich vorkam. Die Übersetzerin sagte uns, dass Schweden ein Land ist, in dem man, wenn man nicht arbeitet, jeden Monat einen Scheck von der Regierung in seinem Briefkasten vorfindet. Sie erklärte, dass kein Grund bestünde, einen Arbeitsplatz zu finden. (...) Obwohl meine Mutter mehrmals Arbeit hatte, fanden wir heraus, dass sich dadurch unser Familieneinkommen nicht verbesserte. Während der 16 Jahre, die wir jetzt in Schweden sind, hat meine Mutter insgesamt weniger als ein Jahr lang gearbeitet.“ (Nima Sanandaji: [„An Immigrant's Tale“](#), in: TSCDAILY, 14.06.2005)

Das soll jedoch die vorherrschende Mentalität vieler Muslime nicht entlasten, sich von Beginn auf die monatlichen Schecks des Sozialsystems allein zu verlassen und sich so um ein ganzes Arbeitsleben zu mogeln. So liegen auch in Schweden Berichte von Imamen vor, die ihre Muslime explizit darauf hinweisen, dass der schwedische Sozialstaat genügend Geld zur Verfügung stellt auch ohne Arbeit – und dass es besser sei, viele Kinder zu zeugen, da allein durch das entsprechend hohe Kindergeld eine Sozialzuwendung entstünde, die ein normaler ungebildeter Muslim in Schweden durch ehrliche Arbeit niemals erzielen könne. Der erwünschte Hauptnebeneffekt tritt quasi en passant ein: irgendwann seien die Muslime derart zahlreich, dass Schweden friedlich übernommen werden

könne. Wie die übrigen Länder Europas auch bezahlt Schweden mit seinen Steuergeldern an die muslimischen Migranten quasi seine eigene Kolonisation durch den Islam.

Parallelgesellschaften

Über 20 Stockholmer Vorstädte haben heute bereits einen Migrantenanteil von fast 70 Prozent. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in fünf bis spätestens zehn Jahren die Migrantenquote in jenen Vororten bei annähernd 100 Prozent liegen wird.

Die Stadt Södertälje liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Stockholm und hat 82.000 Einwohner. In Schweden kennt man sie besser unter dem Begriff „Klein-Bagdad“. Södertälje sollte einmal eine Musterstadt für gelungene Integration in Schweden werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Inzwischen sind bereits über 40 Prozent der Einwohner Södertäljes Migranten – in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Und jede Woche kommen durchschnittlich 30 neue Großfamilien aus dem Bürgerkriegsland Irak hinzu. Je mehr Iraker kommen, desto mehr Schweden ziehen aus Södertälje weg. Anders Lago ist Bürgermeister in Södertälje und verzweifelt über die Flut der neuen Mitbürger. Doch aufhalten kann auch er sie nicht. In Schweden, in Skandinavien und im Rest Europas wiederholen sich die Bilder: In den Städten werden ganze einheimische Bevölkerungen durch „nicht-westliche“ Bevölkerungen ausgetauscht. Wo dies gegen den Willen der eigenen Bevölkerung dient, und insbesondere wo sich die eingetauschten Bevölkerungen kollektiv weigern, sich den Sitten und Gesetzen ihres Gastlandes anzupassen: da kann man nicht weiter von Immigration, sondern muss man von systematischer Kolonisation sprechen.

Massenvergewaltigungen und sonstige Schwerstkriminalität

Zur gleichen Zeit gab es in Schweden im Zuge einer nie dagewesenen Einwanderungswelle einen geradezu explosiven Anstieg jeglicher Form von Gewalt (Fjordman: [„Steep Rise in Crime“](#), 08.09.2005). Politisch korrekt wird jener Umstand in Schweden sowohl durch die Politik (Politiker würden nie im Traum eine kausale Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellen) als auch seitens der Medien totgeschwiegen. In einem der seltenen Fälle von wahrheitsgemäßer Berichterstattung enthüllte das sozialdemokratische (sic!) Boulevardmagazin *Aftonbladet*, dass neun von zehn der kriminellsten ethnischen Gruppierungen Muslime sind – ein Trend, der sich in den anderen europäischen Metropolen nahezu identisch wiederfindet. (Beispiel Frankreich: dort machen die Muslime „nur“ zehn Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber 70 (!) Prozent aller französischen Gefängnis-Insassen).

So hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden in nur wenig mehr als 20 Jahren vervierfacht ([„Immigrant Rape Wave in Sweden“](#), 12.12.2005), wobei Vergewaltigung von Kindern unter 15 Jahren (vor der Immigration ein nahezu unbekanntes Phänomen in Schweden) heute sechs Mal so häufig wie vor nur einer Generation vorkommen. In Schweden ansässige Ausländer aus Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dominieren die Gruppe der Verdächtigen. Die Rechtsanwältin Christine Hjelm, die Vergewaltigungsfälle an einem Gericht erforscht hat, fand heraus, dass 85 Prozent der verurteilten Vergewaltiger

entweder im Ausland oder von ausländischen Eltern geboren worden waren (*Hanne Kjöllner: „En riktig våldtäktsman“, in: OPINION, 04.11.2005*). Das norwegische Blatt Aftenposten zog jetzt mit neuesten Erkenntnissen zu diesem Thema nach. Demnach sind **alle** Vergewaltiger, die in den letzten drei Jahren für Vergewaltigungen angezeigt wurden, Einwanderer mit „nicht-westlichem Hintergrund“ (*KRISTJAN MOLSTAD: „Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldtekter i Oslo“, 16.04.2004*) – was auch in Schweden die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Immigranten ist. In diesem Bericht wird Hanne Kristin Rohde, Chefin der Osloer Polizeisektion für Gewalt und Sittlichkeitsverbrechen, folgendermaßen zitiert:

„Zahlen der Osloer Polizeisektion für Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen zeigen, dass alle 41 angezeigten Überfallsvergewaltigungen von 2006-2008 von nicht-westlichen Tätern begangen wurden.... Die Täter sind relativ junge Männer, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind häufig Asylbewerber und kommen oft aus traumatisierten Ländern oder Ländern mit einem ganz anderen Frauenbild, als wir in Norwegen haben. Es sind Männer mit kurdischem oder oder afrikanischem Hintergrund, die die Statistik dominieren, und die Polizei meint, dass mehr vorbeugende Arbeit bei Männern mit Migrationshintergrund nötig ist.“ (ebd.)

Das Opfer



Eines der seltenen Photo-Beweise eines Vergewaltigungsopfers in Schweden. So sah die Schwedin Jenny aus, nachdem sie von Spaziergängern in einem Waldstück gefunden wurde. Sie wurde von vier Muslimen mehrfach vergewaltigt und so oft geschlagen, bis sie bewusstlos liegenblieb. Das Photo wurde unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Krankenhaus Göteborgs aufgenommen (*Quelle: Fjordman: „Muslim Rape Wave in Sweden“, In: FRONTPAGEMAG, December 15, 2005*).

Die Täter



Auf dem Foto links sind die vier Vergewaltiger der

Schwedin, die von der Presse als „zwei Männer aus Schweden, einer aus Finnland und einer aus Somalia“ vorgestellt wurden und über die nur in einer kleinen Rubrik an hinterer Seite berichtet wurde. Zu Beginn des Prozesses zeigte die Presse keine Fotos der vier Muslime, sondern – politisch korrekt – nur deren Silhouette (die jeweils linke Darstellung) und belog mit ihrer unfassbaren Berichterstattung ihre eigene Bevölkerung über den tatsächlichen Hintergrund der Tat und der Täter.

Massenvergewaltigung westlicher Mädchen und Frauen durch muslimische Immigranten und/oder deren Nachkommen sind mittlerweile längst zu einem Phänomen nicht nur in Schweden, sondern in weiten Teilen Nord- und Westeuropas, aber auch schon in Australien geworden. Wie immer wird auch dieses Phänomen von denen ignoriert und totgeschwiegen, die sie eingeschleppt haben: den linksorientierten Medien und linksgrünen Politikern. Mehr noch: die wenigen Mutigen, die es dennoch wagen sollten, auf solche Missstände aufmerksam zu machen, werden gnadenlos stigmatisiert und – wenn es sein muss – auch vor Gericht gezerrt. So erhielt der australische Journalist Paul Sheehan eine Anzeige wegen „Rassismus“ und „Anstiftung zum Rassenhass“. Sein Verbrechen: er hatte es gewagt, über Gruppenvergewaltigungen und die auch ansonsten hohe Kriminalitätsrate in den muslimischen Vierteln Sydneys zu berichten. Sogar einer seiner Kollegen, der Journalist David Marr, distanzierte sich von Sheehan und nannte dessen Reportage „schändlich“. Und der Vize-Präsident der australisch-libanesischen Moslemvereinigung bezeichnete es als „ziemlich unfair“, die ethnische Herkunft der Vergewaltiger zu veröffentlichen.

Aber auch die BBC nahm 2004 eine vorgesehene Dokumentation über den sexuellen Missbrauch weißer englischer Mädchen durch pakistanische und andere muslimische Männer aus dem Programm, nachdem die Polizei vor der Gefahr des Anwachsens ethnischer Spannungen gewarnt hatte. Der Sender, so ein Sprecher der BBC, sei sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst (*Open speech: [„Vergewaltigungen durch Migranten. Vergewaltigungsepidemie in westlichen Ländern“](#)*).

Die Rolle des Islam bei den Massenvergewaltigungen

Bei den Massenvergewaltigungen handelt es sich dabei um ein ganz originäres Phänomen des Islam selbst: nämlich dessen Verachtung gegenüber der Frau im allgemeinen, und dessen Verachtung gegenüber „ungläubigen“ Frauen im speziellen. So ist die Vergewaltigung „ungläubiger“ Frauen eine der ältesten Varianten des islamischen Dschihad. Seit 1400 Jahren wird dieses Mittel systematisch dazu eingesetzt, nicht-muslimische Frauen zu schwängern, um sie dann mit Muslimen zwangszuverheiraten und somit zu islamisieren. Eine Praxis, die bis in die Gegenwart fort dauert in all denjenigen Ländern, in denen eine nennenswerte christliche Diaspora lebt: so etwa in Pakistan, Indien, Nigeria, Ägypten (vgl. hierzu: Michael Mannheimer: [„Weltweite Christenverfolgung durch den Islam“](#)).

Islamische Männer vergewaltigen nicht-muslimische Frauen aus ethnisch-religiösen Gründen und werden dazu explizit seitens ihrer Imame ermuntert, ja sogar aufgefordert. In Sydney etwa erklärte Sheik Faiz Mohammed während eines Vortrages seinen Zuhörern, dass Vergewaltigungsopfer niemand anderen

anzuklagen hätten als nur sich selbst. Frauen in knapper Kleidung würden Männer zur Vergewaltigung geradezu einladen. Denn, so der Scheich, westliche Mädchen seien allesamt „Huren und Schlampen“. Ein anderer Islamgelehrter, der ägyptische Gelehrte Sheik Yusaf al-Qaradawi, verkündete 2004 in London, nicht die Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigungsopfer müssten bestraft werden, sofern sie sich nicht angemessen gekleidet hätten. Denn, so der Sheik, wer ohne Kopftuch und islamisch korrekte Verhüllung herumliefe, habe seine Vergewaltigung geradezu provoziert, wenn nicht gar gewollt. Auch in Kopenhagen ließ der islamische Mufti Shahid Mehdi verlauten, dass Mädchen, die kein Kopftuch trügen, um eine Vergewaltigung geradezu bitten würden.

Dementsprechend erklären viele Vergewaltiger vor Gericht, dass sie nicht glauben, mit ihrer Vergewaltigung überhaupt ein Verbrechen begangen zu haben. Schließlich habe sich ja jemand um das Mädchen „gekümmert“, und außerdem würden westliche Mädchen es sowieso mit allen Männern treiben. Moslemische Mädchen dagegen wären rein und müssten ihre Jungfräulichkeit auf jeden Fall für ihren zukünftigen Mann bewahren, da sie sonst Schande über sich und die Familie bringen würden (und dafür mit Tod bezahlen müssen, wie er verschwieg). Die meisten moslemischen Jugendlichen gaben zu, ihre sexuellen Bedürfnisse mit westlichen Mädchen auszuleben, später aber auf jeden Fall eine „reine“ islamische Frau heiraten zu wollen.

„Many immigrant boys have Swedish girlfriends when they are teenagers. But when they get married, they get a proper woman from their own culture who has never been with a boy. That’s what I am going to do. I don’t have too much respect for Swedish girls. I guess you can say they get fucked to pieces.“ (Frontpage Magazine: [„Muslim Rape Wave in Sweden“](#), 15.12.2005)

Das sind nur einige der symptomatischen Auswüchse des geschichtlich beispiellosen Geschlechterapartheid-Systems namens Islam, jener archaisch-totalitären Männerherrschaft ewiggestriger, die sich seit 1400 Jahren erfolgreich als Religion tarnt.

Die oben genannten kriminellen, gleichwohl religiös begründeten Auswüchse finden im Rahmen dieses Essays deswegen Erwähnung, weil die islamische Immigration nicht nur materielle, sondern weit mehr als das, ungeheure ideelle Schäden in der gewachsenen, sich auf christlichen und griechisch-römischen Werten gründenden europäischen Kultur und Gesellschaft hinterlässt. Die europäische Aufklärung, die zur Menschenrechtsdeklaration der UN geführt hat, in welcher Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Meinungs- und Versammlungsfreiheit u.v.m. zu unveräußerlichen Grundrechten eines jeden Menschen erkoren wurde, stellt die vermutlich größte soziale Errungenschaft der bisherigen menschlichen Zivilisation dar. Doch unter dem moralisch fragwürdigen und rechtlich durch nichts gedeckten Hinweis auf eine sog. „Religionsfreiheit“ ist es den linksgrünen Werte-Relativisten (in Zusammenarbeit mit zahlreichen Politikern, Journalisten und sonstigen Intellektuellen des bürgerlichen Lagers) gelungen, diese Werte in einem Ausmaß zugunsten des Islam und dessen menschen- und frauenfeindlichen Gesetzen auszuhöhlen, wie es vor Jahrzehnten noch für unvorstellbar gehalten

worden wäre. Eine jener Werte-Relativierer ist die Osloer Anthropologie-Professorin Unni Wikan. Angesichts der Vergewaltigungswelle durch Muslime in Norwegen rät sie ihren Geschlechtsgenossinnen allen Ernstes, doch bitteschön die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass deren freizügige Art, sich zu bekleiden, von den muslimischen Männern nun mal als provokativ und direkte Aufforderung zum Sex aufgefasst würden. Wikan ist nur eines von zahllosen Beispielen, wie fehlgeleitete akademische Wirrköpfe den Islam bei der Kolonisierung Europas aktiv unterstützen.

» Demnächst Teil 4: Dänemark

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)

» Teil 2: [Die Fakten am Beispiel Norwegen](#)



[Sozialkosten für Migration in Europa – die Fakten](#)



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 2: Beispiel Norwegen

„Nichtwestliche Einwanderer“ sind zehnmal so häufig Empfänger von Sozialleistungen wie gebürtige Norweger. (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

Der Begriff „nicht-westlich“ ist in Norwegen wie in den anderen Staaten Skandinaviens die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Einwanderer, die die absolute Mehrheit aller Migranten bilden. Dennoch enthält er alle Immigranten nach Norwegen. Denn wie in den anderen europäischen Staaten auch sind statistische Differenzierungen, die zu klaren Erkenntnissen der unterschiedlichen Kostenbelastung muslimischer gegenüber nicht-muslimischen Einwanderungsgruppen führen könnten, politisch unerwünscht und werden entweder erst gar nicht erhoben, oder aber streng unter Verschluss gehalten. Wenn man jedoch bedenkt, dass auch Chinesen, Inder – bekannt dafür, hart zu arbeiten (was auch statistisch erwiesen ist) – und andere Nicht-Muslime zur Gruppe „nicht-westlicher“ Immigranten zählt, dann erkennt man, dass die Last der muslimischen Migranten auf Norwegens Sozialhaushalt noch schwerer wiegt.

Allein der Sozialetat der norwegischen Hauptstadt Oslo wird zu über 50 Prozent für seine „nicht-westlichen“ Immigranten in Anspruch genommen. Angesichts der Bekanntgabe dieser Fakten warnte der Osloer Stadtratsvorsitzende Erling Lae in gewohnt – politisch korrektem – Reflex umgehend vor Vorurteilen und behauptete, dass ohne Einwanderer das „komplette Chaos“ in Oslo ausbrechen würde. Eine Behauptung, die sich jedoch durch nichts stützen lässt. Im Gegenteil: eine Studie von Tyra Ekhaugen vom Frisch Zentrum für Wirtschaftsstudien in Zusammenarbeit mit der Universität Oslo ergab das exakte Gegenteil von Lae's Behauptung. Wenn die derzeitige Entwicklung – so das Ergebnis jener Studie – weiterhin anhielte, könne der Kostendruck das norwegische Wohlfahrtssystem in absehbarer Zeit sprengen. In einem Leserbrief vermerkt ein norwegischer Bürger zu den Soziakosten der Muslime Norwegens:

„Eine große Anzahl Moslems entscheidet sich aus eigenem, freiem Willen, in Parallelgesellschaften zu leben, wo sie ihre Muttersprache sprechen, ausländische Fernsehsender sehen, die Gesellschaft, in die sie gezogen sind, verachten und sich Ehepartner aus ihren eigenen Ländern holen. Der einzige Kontakt, den sie mit Einheimischen haben, findet auf dem Sozialamt statt.“
(ebd.)

Besser kann man die Situation islamischer Migration nach Europa kaum zusammenfassen. Gleichwohl wurde dieser Kommentar seitens norwegischer Medien umgehend als „rassistisch“ und „ausländerfeindlich“ gebrandmarkt. Offenbar nicht rassistisch ist dagegen die Aussage eines norwegischen Muslims, der sich auf seine Weise über das norwegische Sozialsystem amüsiert:

„Ich habe in einem pakistanischen Laden gearbeitet, aber die ganze Arbeit da läuft 'inoffiziell'. Weder der Chef noch ich zahlen

Steuern an die norwegischen Behörden. Zusätzlich bekomme ich noch 100% Behindertenrente und Sozialhilfe. Ich muss gewieft sein, um so viel Geld wie möglich zu machen, denn das ist der einzige Grund, aus dem ich in Norwegen bin.“ (ebd.)

Was sich für Islam-Unkundige ungeheuerlich anhört, ist allerdings seit 1400 Jahren islamische Praxis in von Muslimen besetzten Gebieten. Vom Koran vorgeschrieben, müssen Nicht-Muslime, generell als „Ungläubige“ diffamiert (wo bleibt der übliche Aufschrei westlicher Anti-Diskriminierungs-Experten?), eine Kopfsteuer – Jizya – an die Muslime zahlen als Tribut und Zeichen ihres minderwertigen Status und ihrer Unterwerfung unter den Islam sowie als unverhandelbare Voraussetzung dafür, dass ihre heidnische Religion, die sie (wenn überhaupt) nur im privaten Kreis ausüben dürften, vom Islam „geduldet“ wird.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass viele Muslime in Europa die Sozialleistungen der „ungläubigen“ Europäer als eben jene Jizya sehen und – ironisch genug – als Beweis dafür, dass der Islam die einzig wahre Religion ist. Denn in den Augen vieler Muslime hat Allah in seiner unendlichen Weisheit dafür gesorgt, dass sich der Islam auch in der Gegenwart immer weiter ausbreitet, großzügig finanziert durch die Kuffar (Nicht-Muslime) und damit genau über jene „Ungläubigen“steuer, wie sie im Koran (Sure 9, Vers 29) vorgeschrieben wird. So warnte auch in Großbritannien ein Mitglied einer islamischen Gruppe einen Undercover-Reporter davor, Arbeit anzunehmen, weil dies zum System der Kuffar beitragen würde (ebd.). Und der in Norwegen lebende US-amerikanische Autor Bruce Bawer dokumentiert in seinem Buch über die Selbstzerstörung Europas durch den Islam, wie Imame aus Oslo ihren Gläubigen gegenüber unverfroren predigen, jede nur denkbare Sozialleistung in Anspruch zu nehmen, sich dafür nicht rechtfertigen zu müssen – und zur Aufbesserung ihres monatlichen Taschengeldes Ladendiebstähle zu begehen. Dies alles sei vom Islam gedeckt als eine Unterform von Jizya gegenüber ihren westlichen „Gastgesellschaften“ (Bruce Bawer: *“While Europe Slept: How Radical Islam is Destroying the West from Within“*, 2006).

Halvor Tjønn, einer der wenigen kritischen Journalisten Norwegens, zitierte im Juni 2006 aus einem Bericht der norwegischen Unternehmensvereinigung NHO. Darin wurde das hohe Risiko angeführt, dass die Profite aus den Öleinnahmen des Landes (Norwegen ist nach Saudi-Arabien und Russland der drittgrößte Erdölproduzent der Welt) zu einem Großteil für die steigenden Sozialleistungen an die sich rasend schnell vermehrende muslimische Einwanderergruppe ausgegeben werden müssten. Die einzig richtige Immigrations-Politik bestünde – so der Bericht – in einer zeitlich begrenzten Einwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte (Halvor Tjønn: [„NHO: Hele oljeformuen kan gå tapt“](#), 13.06.2006).

Ähnlich sieht es auch Professor Kjetil Storesletten von der Universität Oslo, nach dessen Studien belegt ist, dass der Nettobeitrag der Einwanderer zur Volkswirtschaft auch in Norwegen negativ ist. 0-Ton Storesletten:

„Einwanderung von Menschen mit niedrigem Bildungsstand zuzulassen,

führt zu gar nichts. Wir können mit unserer bisherigen Einwanderungspolitik nicht so weitermachen.“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

Die Fakten liegen also längst auf dem Tisch. Aber die auch in Norwegen überwiegend links orientierten Medien (*fast 70 Prozent der Journalisten wählen gemäß einer Umfrage die Arbeiterpartei (Ap), die Sozialistische Linke (SV) oder die Rote Wählervereinigung (RV), und das schlägt sich in der Presse nieder. Quelle: Jonathan Tisdall in Aftenposten: [„Media want new government.“](#), 15.08.2005*) weigern sich bis heute, davon Kenntnis zu nehmen, geschweige denn, diese in ihren Blättern zu veröffentlichen. Noch haben sie bis heute öffentlich eingestanden, dass sie mit ihren lobhudehenden, oft ganzseitigen überschwänglichen Berichterstattungen über den Nutzen von Immigration jahrzehntelang völlig daneben lagen. Und am wenigsten würden sie je eingestehen, dass sie während der 90er-Jahre die konservative Liberale Fortschrittspartei und deren Vorsitzenden Carl I. Hagen wegen ihrer Kritik an den Sozialkosten von Immigranten dämonisiert und medial geradezu hingerichtet haben. Diese Partei war die erste und bislang einzige in Norwegen, die auf die wahren Kosten der Einwanderung aufmerksam gemacht hatte. Nicht anderes verfahren die meisten Medien heute mit islamkritischen konservativen Parteien etwa in Italien, Österreich, der Schweiz und Holland.

Unter dem Deckmantel eines scheinbar fortschrittlichen, in Wirklichkeit aber zutiefst reaktionären „werterelativistischen“ Denkens (ausführliche Informationen dazu s. Michael Mannheimer: [„Der Islam als Sieger des westlichen Werte-Relativismus. Eine Kritik der reinen Toleranz“](#)), dem sich zahlreiche Journalisten, Politiker und Gutmenschen bewusst oder unbewusst verschrieben haben, scheint deren analytisches Denkvermögen in punkto Islam wie eine Droge paralyisiert worden zu sein. In einer diffusen Mischung aus Ignoranz, Feigheit und stiller Sympathie für eine Religion, die wie die Linken antiwestlich, antiamerikanisch und antiisraelisch eingestellt ist, arbeiten sie – gewollt oder nicht – als willkommene Helfershelfer des Islam an der Demontage ihrer eigenen Gesellschaften. Ein weiterer Verdacht drängt sich dabei förmlich auf: das, woran die Linken Europas mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gescheitert sind, erhoffen sie nun – in stiller Kollaboration mit dem nach Europa hereingeholten Islam – doch noch zu vollenden: nämlich nichts Geringeres als die Zerstörung ihrer verhassten bürgerlich-westlichen Staatenwesen, die sie in allen europäischen Gesellschaften mit ihrem „Marsch durch die Institutionen“ längst erfolgreich unterwandert haben. Doch in einem Punkt täuschen sich die Linken: sie werden dereinst vom Islam nicht als Helden gefeiert werden. Denn in seinen Augen sind sie nichts weiter als „nützliche Idioten“, die, sobald der Islam herrschen wird, die ersten sein werden, die er liquidieren wird. Als „Atheisten“, „Gottlose“ also, rangieren sie nämlich in der Hierarchie islamischer Werte weit unterhalb von Christen und Juden und selbst unterhalb von Tieren, und ihre Tötung hat für den Islam nicht einmal den Stellenwert einer Sachbeschädigung. Die Haltung des Islam zu „Gottlosen“ (wie all diejenigen genannt werden, die nicht an den islamischen Gott glauben), wurde u.a. vom Londoner Imam Scheich Omar al-Bakri Muhammad folgendermaßen formuliert:

„Wir machen keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Nicht-Zivilisten, zwischen Unschuldigen und Schuldigen – nur zwischen Moslems und Ungläubigen. Und das Leben eines Ungläubigen ist wertlos!“ (zitiert in Publica Portugal, 20.04.2004)

Auch in Norwegen ist einer der Hauptgründe für die geringe Arbeitstätigkeit der Muslime auf dem offiziellen Arbeitsmarkt deren geringe Schul- und Berufsbildung. Vor allem unter männlichen Muslimen herrscht eine exorbitant hohe Schulabbrecherquote – wie in den übrigen europäischen Ländern ebenfalls. Die Behauptung der (linksorientierten) Einwanderungs-Befürworter, dies liege an den mangelnden Integrations-Bemühungen Norwegens, ist angesichts der geringen bis fehlenden Integrationswilligkeit innerhalb der Gruppe der muslimischen Einwanderer ein Witz. Immer häufiger wird davon berichtet, dass muslimische Familien ganz aktiv daran arbeiten, dass sich ihre Kinder nicht in die norwegische Gesellschaft integrieren müssen. So werden Tausende skandinavische Schulkinder eingebürgerter Muslime (also mit skandinavischen Pässen) in Koranschulen nach Pakistan und andere islamische Länder geschickt, um sie von einer „Verwestlichung“ zu schützen – eine Praxis, die selbst von der norwegischen Organisation Human Rights Services offen kritisiert wurde. Unfassbar, aber wahr: als Reaktion auf diesen Vorwurf besaßen norwegische Pakistani tatsächlich die Stirn (man kann auch sagen: die Frechheit), den Bau einer Schule für ihre Kinder in Pakistan zu fordern – selbstverständlich bezahlt mit norwegischen Steuergeldern.

Bereits in wenigen Jahrzehnten wird Oslo eine nichtwestliche Bevölkerungsmehrheit haben. Einige Forscher sagen gar voraus, dass die einheimische Bevölkerung in Norwegen, Schweden und Dänemark noch innerhalb dieses Jahrhunderts zur Minderheit in ihrem eigenen Land wird. Die Frage sei nicht mehr ob, sondern wann dieser Zeitpunkt eintritt. Und da der islamische Dschihad wie seit Urzeiten üblich in den Ländern des dar al-Harb (den Ländern des Krieges, wie die zu erobernden nicht-muslimischen Länder vom Islam genannt werden) von einer relativ gemäßigten in seine heiße Phase dann übertritt, wenn die Muslime des entsprechenden Landes etwa zehn bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, verheißt das nichts Gutes für die skandinavischen und übrigen Länder Europas. Ein Blick auf die Situation von Ländern mit religiösen Mischbevölkerungen wie Libanon, Nigeria, Thailand oder die Phillipinen zeigt bereits heute schon, was Europa blühen wird: ein andauernder kultureller und religiöser Bürgerkrieg, der erst mit der Eroberung der Länder des „Krieges“ und ihrer Umformung in „Länder des Friedens“ (dar al-Islam) beendet sein und Millionen von Menschenleben kosten wird. In den bürgerkriegsähnlichen Tumulten islamischer Einwanderer in den Städten Frankreichs, Belgiens, Holland, Schwedens, Englands und seit Neuestem Griechenlands kann man bereits die ersten Vorboten der Libanonisierung Europas erkennen.

» Demnächst in Teil 3: Beispiel Schweden

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)



Essay: Was die islamische Migration Europa kostet



„Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos“ heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

„Der Staat zahlt die Mieten, die Sozialhilfe, das Kindergeld und die Krankenversicherung und versetzt die Eingewanderten in die Lage, bescheiden zu leben, ohne Kontakt zu den verachteten Deutschen.“ (FAZ: [Jugendgewalt – Das libanesische Problem](#))

Einleitung

Wer über die wahren Kosten der Migration nach Europa spricht, gerät schnell in gefährliches Fahrwasser. Es drohen wütende Angriffe linker und grüner Parteien, ein allgemeiner Aufschrei der Medien, eine Ausgrenzung als Wissenschaftler, eine Dämonisierung als „rechtspopulistischer“ Politiker, ja sogar Berufsverbot. Doch können auch diese Reaktionen nicht länger über den Fakt hinwegtäuschen, dass die Kosten der Migration ihren Nutzen längst um ein Vielfaches übersteigen: auf dem politischen, dem gesellschaftlichen, und auch – entgegen den falschen Behauptungen der werterelativistischen Verteidiger einer weiteren Migration – insbesondere auf dem wirtschaftlichen Sektor.

1. Die Ausgangslage

Migration geschieht mittlerweile zu einem Großteil direkt in die historisch gewachsenen Sozialsysteme der europäischen Länder. Einst dazu gedacht, indigene Europäer im Fall eines Sozialabstieges temporär zu unterstützen, werden längst große Teile der europäischen Sozialtats zur dauernden, oft lebenslangen Unterstützung überwiegend muslimischer Migranten in Anspruch genommen und damit missbraucht. Ein Fakt, der von Politik, Medien und Intellektuellen aus Unwissenheit oder Angst gegenüber den einheimischen Europäern zum Tabu erklärt wurde. Der europäische Wohlfahrtsstaat in seiner bisherigen Form ist durch die Ankunft des Islam nicht mehr finanzierbar. Denn der Nutzen der Migration für Europa ist ein Mythos.

Der amerikanische Wirtschaftsexperte und Journalist Christopher Caldwell recherchierte über zehn Jahre lang die Geschichte der Zuwanderung Europas – von Malmö bis Rom, von Dublin bis Duisburg. Sein Ergebnis ist ernüchternd, ja niederschmetternd:

„Europa hat seinen Bedarf an Arbeitskraft von Zuwanderern überschätzt. Der wirtschaftliche Nutzen, den die Zuwanderung gebracht hat, war minimal und temporär. Er ist längst Vergangenheit.“ (Christopher Caldwell: “Reflections on the Revolution in Europe: Immigration and the West”, 2009)

Der Zustrom neuer ethnischer Gruppen nach Europa, besonders aber der Zustrom islamischer Massen war nicht – wie erhofft – eine rein quantitative Addition zu dem, was bereits da war. Gerade im Zuge der muslimischen Massenmigration betrat eine neue Qualität die Länder Europas, die zu nichts geringerem als einem geschichtlich beispiellosen reaktionären Wertewandel- und Werteverfall geführt hat, den Europa kaum noch zu stoppen vermag. Die Geister, die Europa in den 50er- und 60er-Jahren rief, sind unkontrollierbar geworden. Die politischen Nachkriegseliten hätten – so Caldwell – über die Folgen ihres Tuns entweder nicht nachgedacht – oder sie aber vollkommen unterschätzt. Kaum jemand jener Politiker dachte im Traum daran, dass jene ausländischen Arbeitskräfte länger als 1-2 Jahre in Deutschland bleiben würden – und wohl niemand glaubte, dass sie je Sozialhilfe in Anspruch nehmen würden. Dass sie Jahrzehnte später jedoch ganze Familienclans ihre Religion samt Tausender Moscheen mitbringen und im Herzen Europas installieren würden, schien eine geradezu bizarre Vorstellung, die niemandem in den Sinn kam. In den 70er-Jahren reagierte Europa zwar mit einem Anwerbestopp. Aber die Klausel des Familiennachzugs erwies sich als postmodernes Trojanisches Pferd und ließ schließlich alle Dämme brechen: pro Jahr strömen mehr als eine Million Muslime ungehindert nach Europa ein. Die Dunkelziffer dürfte ein Mehrfaches betragen. Gab es 1945 noch ganze 600.000 Muslime innerhalb Europas, waren es 2009 bereits über 50 Millionen – Tendenz steigend. Lag die Beschäftigtenquote der in Deutschland der 60er Jahre lebenden und arbeitenden Türken noch über der deutschen, so stellen die Muslime heute in vielen deutschen und europäischen Städten oft 40 Prozent und mehr Anteil der Arbeitslosen. Caldwell dazu:

„Gastarbeiter drücken in allen europäischen Ländern die

Produktivität. Da sind sich alle Experten einig.“ (zitiert in: Miriam Lau: [„Zuwanderung – Abrechnung mit einem Mythos“](#), in: WeltOnline, 10. Sept. 2009)

Die Renten-Lüge

Migranten – das wird man an den Zahlen im folgenden überdeutlich sehen – schaffen weder Prosperität noch entlasten oder gar „retten“ sie den Sozialhaushalt. Letzteres Argument geistert wie ein gebetsmühlenartiges Mantra durch sämtliche Medien und wird von Politikergeneration zu Politikergeneration weitertradiert, als handele es sich um den Satz des Pythagoras für die Aufrechterhaltung des europäischen Wohlfahrtsstaates. Tenor jener Argumentation ist: Die Sozialkosten der demografisch dramatisch abnehmenden westlichen Wohlfahrtsgesellschaften mit ihrem typischen Kennzeichen eines hohen Anteils alter Menschen und eines niedrigen Anteils junger Menschen können ohne einen ebenso dramatischen Zuzug von externem „Frischblut“ – sprich durch Migranten – auf Dauer nicht mehr bezahlt werden. Der Hintergrund dieser (unwahren) Behauptung ist, dass sich die Voraussetzungen des „Generationenvertrags“, wie er in den 50er und demografisch noch halbwegs „gesunden“ Jahren herausgearbeitet wurde, heute nicht mehr besteht. Hätten damals noch 2-4 junge, am Arbeitsleben teilnehmende Menschen für einen Rentner bezahlt, sei das Verhältnis heute bei 1:1 angekommen – und würde sich bei gleichbleibend geringer Kinderzahl westlicher Gesellschaften sogar in absehbarer Zeit umdrehen: Dann müsste nämlich eine einzige junge Arbeitskraft für mehrere Rentner aufkommen, was angesichts der hohen Kosten im Alter finanziell und einsichtig nicht geleistet werden könne.

Dieses Argument enthält richtige Fakten und besticht auf den ersten Blick. Es ist das Standardargument der Befürworter massenhafter Immigration nach Europa. Aber wie fast alle Mythen fällt auch diese Behauptung bei näherer Betrachtung in sich zusammen.

So hat die UN-Abteilung für demografische Weltentwicklung allein für Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die unfassbare, aber mathematisch und demografisch korrekte Zahl von 701 Millionen Zuwanderern berechnet, die nötig wären, um in Deutschland die klassische Bevölkerungspyramide (viele junge, wenige alte Menschen) – auf der sich das Rentenberechnungssystem der jungen Bundesrepublik bezog – zumindest vorübergehend zu stoppen. Eine Zahl, die das Eineinhalbfache der derzeitigen Gesamtbevölkerung der EU beträgt und allein aus diesem Grund nie realisiert werden kann.

Ein anderes Szenario ist schon eher realistisch und gibt die Entwicklung Deutschlands ziemlich exakt wieder: derzeit gibt es in Deutschland einen negativen Bevölkerungssaldo von 200.000 Menschen (ca. 1 Mio Sterbefälle bei nur 800.000 Lebendgeburten in Deutschland). Dieser Saldo wird bis zum Jahr 2050 auf etwa 600.000 Menschen anwachsen. In der Gesamtsumme wird Deutschland allein wegen Geburtenmangels bis 2050 etwa 12 Millionen weniger Einwohner haben. Hinzu kommt ein geschätzter Verlust von weiteren acht Millionen Menschen (mittlere Variante) durch Abwanderung (*Quelle: Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin*). Um die derzeitige Bevölkerung von 82

Millionen Menschen zu erhalten, müsste Deutschland demnach bis zum Jahr 2050 über 20 Millionen Immigranten aufnehmen. Bereits heute leben in Deutschland allerdings schon etwa 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Deren Zahl wächst aufgrund ihrer wesentlich höheren Geburtenquote wesentlich schneller als die Zahl der indigenen Deutschen. Im Jahr 2050 ist demnach von 40-50 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund bei nur noch 30-40 Millionen indigener Deutschen auszugehen. Das sind wissenschaftlich abgesicherte Fakten, die prinzipiell auch für die übrigen Länder Europas gelten. Wenn diese Entwicklung politisch nicht gestoppt und rückgängig gemacht wird, wird das Europa des Jahres 2050 kein christliches Europa mehr sein, sondern ein von muslimischen Einwohnern und dem Islam dominierter Kontinent namens Eurabia.

Die Fakten-Lüge

Die Forderung nach Ersetzung wegfallender Deutscher (bzw. Europäer) durch massiven Zuzug nicht-europäischer Migranten ist jedoch mathematisch kaum machbar– und angesichts deren Tributs in die Sozialsysteme nicht vertretbar. Denn dass Migranten den Sozialhaushalt der europäischen Länder entlasten würden, ist eine der dreistesten Lügen linker, grüner und auch mancher Politiker aus den bürgerlichen Lagern der europäischen Parteien: so stieg in Deutschland etwa die Zahl der zugezogenen Migranten zwischen 1971 und 2000 um drei auf 7,5 Millionen, während sich an der Zahl der Berufstätigen so gut wie nichts änderte: Diese blieb bei 2 Millionen Berufstätigen konstant, quasi festgefroren. Im Jahr 1973 waren 65 Prozent der Immigranten berufstätig, 1983 waren es nur noch ganze 38 Prozent.

Da auch Migranten alt werden, beanspruchen auch diese irgendwann die Sozialsysteme – eine Rechnung, die so gut wie nie seitens der werterelativistischen Migrationsbefürworter gemacht wird. Warum ausgerechnet muslimische Migranten – meist des Lesens und Schreibens unkundig, meist ohne verwertbare berufliche Qualifikation, meist aus einem anderen Jahrhundert, oft aus einem zurückliegenden Jahrtausend kommend – die überwiegende Mehrheit der nach Europa zuströmenden Zuwanderer bilden, warum ausgerechnet jene Klientel also die wirtschaftlichen Probleme des High-Tech-, des Wissens- und Kulturkontinents Europa lösen sollten, bleibt eine Frage, die bislang kein einziger der Migrationsbefürworter beantworten konnte. Warum eine Klientel, die kaum Interesse an Bildung, dafür aber umso größeres Interesse an der Verbreitung und Dominanz ihrer archaisch-rückständigen, auf Weltherrschaft zielenden und barbarischen Religion (Scharia) hat, eine Bereicherung für das aufgeklärte und laizistische Europa sein sollte, kann ebenso seitens jener Vertreter nicht beantwortet werden. Wie all die Millionen im Zuge der Familienzusammenführung nachgekommenen Muslime, Frauen, Schwiegertöchter, Omas und Opas, die selbst nach Jahrzehnten kaum drei Worte ihres europäischen Gastlandes sprechen können und niemals am Berufsleben teilnehmen, dafür fast immer finanziell den Sozialetat in Anspruch nehmen, eine Lösung für das demografische Problem Europas sein sollen, bleibt ebenfalls ein Rätsel – das allerdings unter dem Gesichtspunkt der seitens Grüner und Linker geforderten „Ausdünnung“ indigener Europäer durchaus Sinn macht (Näheres dazu s. Michael Mannheimer: [„Der Islam als Sieger des westlichen Werte-Relativismus – Eine Kritik der reinen Toleranz“](#)).

Fast überall dort, wo sich muslimische Diasporas gebildet haben, gibt es eine Erscheinung, die in der europäischen Geschichte bislang fremd war: die Entwicklung von Parallelgesellschaften im Herzen Europas, gebildet von Menschen, die europäische Werte verachten und die europäischen Menschen hassen und sie verfolgen. Die Fakten der Migranten-Kriminalität aller europäischen Länder sprechen eine klare und deutliche Sprache, werden aber seitens der Politik und Medien ebenso tabuisiert wie die Kosten, die Migration verursacht.

„Eine fatale Mischung aus deutschem und europäischem Selbsthass (begründet in der Nazi-Vergangenheit, Kolonialismus, Werteverlust) und islamischer „Hyper-Identität“ führt (...) dazu, dass Europäer vor allem dem Massenzustrom muslimischer Migranten hilflos gegenüberstehen.“ (Christopher Caldwell, zitiert in: Miriam Lau: [„Zuwanderung – Abrechnung mit einem Mythos“](#), in: WeltOnline, 10. Sept. 2009)

Erst langsam begreifen einige Europäer, welche verheerende Entwicklung sich durch die schrankenlose Immigration nicht-europäischer und zumeist islamischer Zuwanderung in ihren Ländern anbahnt. So beklagt der Schweizer Nationalrat Adrian Amstutz („Wir haben dasselbe Problem wie die Deutschen“):

„Früher kamen Leute zum Arbeiten in die Schweiz. Sie halfen in verdankenswerter Weise mit, unseren Wohlstand aufzubauen. Nun lassen wir mehr und mehr Leute einwandern, die unseren Wohlstand plündern: Personen, welche nicht wegen des Arbeitsmarktes, sondern wegen der Sozialwerke in die Schweiz kommen.“ (Adrian Amstutz, Nationalrat: [„Ausländische Sozialwerkplünderer gehören ausgeschafft – Die „Balkanisierung“ der Sozialwerke“](#))

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während der Anteil der Erwerbstätigen an der Brutto-Einwanderung in die Schweiz 1990 noch bei 53,4 Prozent lag, betrug dieser Anteil 2004 gerade noch 30,2 Prozent. Die Folge: Der Ausländeranteil der Sozialleistungsempfänger in der Schweiz ist überdurchschnittlich hoch und wächst stetig an. So beziehen die Ausländer, welche einen Bevölkerungsanteil von (bereits alarmierenden) 20,4 Prozent ausmachen, 43,8 Prozent der Sozialhilfe und mehr als vierzig Prozent der IV-Leistungen der Schweiz.

“Das enorme Ausmaß dieser Wanderungsbewegung und die damit verbundenen schädlichen Auswirkungen auf unser Land und auf unsere Wirtschaft wird von Links-Grün wie immer in solchen Fällen mit Fleiß verschwiegen.“ (ebd)

Auch Caldwell kommt am Ende seiner zehnjährigen Analyse [zum selben Resultat](#):

„Immigranten beanspruchen die Sozialsysteme mehr, als sie dazu beitragen.“

» Demnächst in Teil 2: Fakten zu den Sozialkosten für Migration in Europa – am Beispiel Norwegens.

Keine Burkas mehr auf Frankreichs Straßen



„Für mich heißt es klar: [Keine Burkas auf der Straße](#)... Die Burka läuft unseren nationalen Werten zuwider“, sagt keine rechtsextreme politische Gruppierung, sondern der französische Minister für Immigration, Eric Besson (Foto), in einem Fernsehinterview. Bodenlange Schleier mit oft noch vergittertem Sehschlitz seien ein „Affront gegen das Recht von Frauen und gegen das französische Bekenntnis zur Gleichheit“.

Besson will das Burka-Tragen in der Öffentlichkeit verbieten und damit „die Werte der nationalen Identität und den Stolz, Franzose zu sein, bekräftigen“. Ein Europäer, der stolz auf sein eigenes Land sein will? Wie überaus populistisch und inkorrekt.

- » [Frankreich debattiert über ein Burka-Verbot](#)
- » [Frankreich und der Kampf der Schleier](#)

(Spürnase: *hellfires*)

Sogenannter „Faktencheck“ des WDR



Der westdeutsche Rotfunk unterzieht Sarrazins Äußerungen einem ganz besonderen [„Fakten“check](#), an dessen Ende Sarrazins Aussagen allesamt falsch sind. Dazu nimmt man zwei sogenannte Wissenschaftler, deren Aufgabenfeld von der Migrationsindustrie finanziert wird und die uns vor allem sagen, dass Hans-Christian Ströbele und Ayten Kilicarslan recht haben und Ehrenmorde sowie Zwangsheiraten Einzelfälle™ sind.

Über den „Experten“ Helbling [erfahren wir](#):

Dr. Marc Helbling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung beim Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Helbling forscht insbesondere auf den Gebieten Immigrations- und Staatsbürgerschaftspolitik, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie sowie Islam in Europa.

Ähnliches ist von Axel Schulte zu berichten:

Axel Schulte ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem Migration, Integration und Multikulturalität, Politische Bildung sowie Menschenrechtsbildung und Interkulturelles Lernen. In vielen seiner Veröffentlichungen untersuchte Schulte Aspekte von Integration, multikulturellen Einwanderungsgesellschaften, Lebenssituationen von Migranten und Antidiskriminierungspolitik. Schulte ist Mitglied im Arbeitskreis Migrationspolitik bei der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und des Redaktionsbeirates der Zeitschrift „Migration und soziale Arbeit“.

In der typischen Manier von Demagogen werden Aussagen zerpfückt, konkrete Fragen nicht beantwortet, sondern in Fragestellungen zerlegt, „definiert“, z. B. was bedeutet „Integration“. Die ist nämlich in Deutschland gar nicht so schlecht, erfahren wir staunend, denn andere europäische Länder sind ja noch schlechter. Eine Fahrt mit der U-Bahn durch ein beliebiges Brennpunktviertel könnte die beiden diese gelungene Integration fühlen lassen, aber das wäre wohl zuviel Realität. Alles in allem tun wir zu wenig für unsere Migranten, das Benennen von Fakten (zumindest von negativen) ist rassistisch, weil niemals eine bestimmte Eigenschaft nur eine bestimmte Gruppe betreffen kann und Probleme, die man nicht in Studien misst, berechnet, definiert hat, gibt

es nicht.

Wir danken dem WDR dafür, dass er uns die Augen geöffnet hat.

(Spürnase: [Dr. Gudrun Fussner](#))

Schäuble: Zuwanderung ist eine Erfolgsgeschichte



Bei der gestrigen Bundestagswahl erhielt Wolfgang Schäuble in seinem Offenburger Wahlkreis zwar zum ersten Mal ein Ergebnis unter 50% der Erststimmen, er hat ihn jedoch mit knapp 47,2% [souverän gewonnen](#). Wir müssen also davon ausgehen, dass das Gemurkse unseres Bundesinnenministers den Menschen gefällt.

Während man in Sachen Schäuble'scher „[Giftliste](#)“ darauf hoffen darf, dass der künftige Koalitionspartner FDP sie wirkungsvoll zu verhindern weiß, wird es in der Zuwanderungspolitik wohl kaum Änderungen geben. Gestern produzierte sich der „konservative“ Wolfgang Schäuble in der [WELT am Sonntag im Streitgespräch](#) mit dem sozialdemokratischen holländischen Soziologen und Migrationforscher Paul Scheffer. Dort zeigte sich ein selbstzufriedener Schäuble überzeugt von sich und seiner Politik und resistent gegen jede Kritik:

Welt am Sonntag: Herr Schäuble, seit den 50er-Jahren kamen in großem Umfang Arbeitsmigranten nach Deutschland. Ist diese Einwanderung eine Erfolgsgeschichte?

Wolfgang Schäuble: Überwiegend schon. Man muss sich vergegenwärtigen, wir haben die Leute angeworben. Deutschland ist zudem das Land Europas mit der höchsten Zuwanderungsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Zum einen wegen der Vertriebenen aus dem Osten und aus den Teilen, in denen Deutsche früher gesiedelt haben. Und

dann haben wir viele Flüchtlinge aus Konfliktgebieten aufgenommen, mehr als andere Länder, wofür uns das UN-Flüchtlingswerk lobt. Die Gastarbeiter haben wir angeworben. Ohne sie wäre die wirtschaftliche Entwicklung damals gar nicht gelungen. Die meisten sind gut integriert, aber es gibt ein nicht unerhebliches Defizit in der dritten Generation. Dessen Bekämpfung ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Aber insgesamt ist es eine Erfolgsgeschichte.

Paul Scheffer: Ich möchte bestreiten, dass es eine Erfolgsstory ist. Wenn man aus einer wirtschaftlichen Perspektive die Kosten und Nutzen abwägt, ist der Nettogewinn gering, wenn nicht sogar die Kosten höher sind. Kurzfristig hat sich die Zuwanderung gelohnt, aber sie hat langfristige demografische Konsequenzen für den Bildungs- und Sozialstaat gehabt, die man nicht vorausgesehen hat. Es gibt in vielen Ländern einen Konsens, dass die Einwanderung von Gastarbeitern eigentlich keine Erfolgsgeschichte war. Weder für die empfangende Gesellschaft noch für die Gastarbeiter selbst.

Auf den Kosten-Nutzen-Faktor geht Schäuble überhaupt nicht ein. Stattdessen stellt er Zuwanderer und Vertriebene auf eine Stufe und verteidigt seine desaströse Politik mit dem Argument, Deutschland habe die Zuwanderer schließlich angeworben (früher kamen sie allerdings zum Arbeiten, heute kommen sie in die Sozialsysteme. Schäuble geht darauf nicht ein) und ohne Zuwanderung hätte es kein Wirtschaftswunder gegeben. Er freut sich lieber, dass das UN-Flüchtlingswerk uns lobt und rechte Parteien (wozu auch Wilders' Liberale zählen) bei den Europawahlen in Deutschland chancenlos waren.

Schäuble: Ich als Innenminister muss verhindern – das ist Staatsräson Deutschlands –, dass eine neue Ausländerfeindlichkeit entsteht. Ich kann nicht, wie vor einer Woche in Vorarlberg, 25 Prozent für eine rechtsextreme Partei ertragen. So hohe Zahlen etwa für Le Pen waren der Ausgangspunkt für Sarkozy, das Thema Einwanderung anzugehen. Ich kann auch die Entwicklung in den Niederlanden nicht ertragen. Deutschland würde sofort in den Verdacht geraten, es hätte aus den Erfahrungen der Nazizeit nichts gelernt. Wir sind mehr als jeder andere ein gebranntes Kind.

Scheffer: Ja, das ist wahr. Aber **wenn man diese Tragödie mit der Einwanderung der Gegenwart in einem Atemzug nennt, erschwert das nur die notwendige Diskussion etwa über den Islam.** Jede Gesellschaft mit viel Immigration ist eine konfliktreiche. Man muss diese Konflikte offen diskutieren, sonst kommt es zur Tabuisierung. Vielleicht ist die Debatte in Deutschland weniger politisiert, aber die Probleme sind genau dieselben wie in anderen europäischen Ländern: hohe Arbeitslosigkeit in Migrantengemeinschaften und eine scharfe Auseinandersetzung über Islam und die Freiheit.

Schäuble: Wir hatten – darauf bin ich stolz – bei der Europawahl am 7. Juni die geringsten Erfolge von ausländerfeindlichen Gruppen in Europa. Ganz vergeblich sind unsere Bemühungen um verbesserte

Integration also nicht... wegen der demografischen Entwicklung werden wir wahrscheinlich bald einen höheren Bedarf an Zuwanderung haben.

Und die suchen wir natürlich nicht aus. Wir nehmen jedes „Talent“.

Wilders: „Diese Regierung ist auf Grund gelaufen“



Es ist vorbei. Diese Regierung ist auf Grund gelaufen, wie ein altes Auto, das in losem Sand stecken geblieben ist. Es quiekt noch ein wenig, dann kracht es zusammen. Jedermann kann sehen, dass sich das kleine Wesen keinen Meter weiter bewegen wird. Die Batterie ist kaputt. Es ist aus und vorbei.

(Rede von Geert Wilders am 16. September 2009 im niederländischen Parlament)

Frau Vorsitzende, es könnte zum Lachen sein, würde es nicht um die Zukunft der Niederlande gehen. Dann könnten Sie sich über diesen kleinen Club von hilflosen Leuten lustig machen, die durch die neblige Windschutzscheibe starrt, in der Hoffnung, dass es jemanden gibt, der ihnen sagen kann, welchen Weg genau sie fahren müssen. Sie wissen es selbst, wenn Sie genau hinschauen, dass es ein Weg ohne Rettung ist. Dass sie immer die falschen Entscheidungen trafen und das kleine Zeichen nicht zur Kenntnis nahmen: „Sumpf auf der linken Seite“. Dann bogen sie wirklich nach links ab. Weil ihr ideologisches GPS seit den sechziger Jahren so programmiert ist, dass man immer nur links abbiegen kann. Sie können nichts mehr tun. Wouter [Bos, Vize-Premierminister, Finanzminister PvdA, Sozialist] hinter dem Steuerrad, Andre [Rouwvoet, Jugend und Familienminister CU, Christliche Union] auf dem Baby-Sitz, und Jan Peter [Balkenende, Premierminister CDA, Christlicher Demokrat] für den alles irgendwie o.k. ist, so lange seine Partei auf dem Vordersitz bleiben kann.

Sie versuchten einigen Ballast über Bord zu werfen. Frau Vogelaar [die ehemalige Integrationsministerin PvdA, Sozialistin] wurde an einen Baum gebunden. Aboutaleb [der marokkanisch-holländische Bürgermeister Rotterdams

PvdA, Sozialist] sprang in Rotterdam heraus mit allen seinen Pässen. Van Geel [Fraktionsführer CDA] hätte es vorgezogen, in Richtung Brabant abzubiegen, um dort zum Gouverneur der Königin zu werden. Jan Peter [Balkenende] ruft die ganze Zeit: „Ich will nach Brüssel gehen!“ und der Papagei von Al Gore, Fräulein Cramer [Umwelt und Wohnungsbauministerin PvdA, Sozialistin] trompetet vom Rücksitz: „Nicht so schnell, das ist schlecht für die Eisbären!“ Der einzige Weg, den die PvdA vorschlägt, ist, einige Runden um die Kanäle [Amsterdam] zu drehen.

Premierminister, hören Sie bitte genau damit auf. Senden Sie dieses rostige Stück vom Trödel zum Autofriedhof. Sparen Sie die Abfallgebühr. Es hat keinen Sinn mehr. Es gibt nur einen Grund, warum die Regierung [„Kabinett“, Koalitionsregierung] fortgesetzt stolpert: Es ist die Angst vor Wahlen.

Ich verstehe das wirklich. Ich begreife es. Denn, wenn die Niederlande wählen würden, würde sich zeigen, dass die Krise hauptsächlich an einem spezifischen Platz stattfindet... und das ist in der Regierung. Die Balkenende/Bos Leute, die am allerbesten Milliarden über die Richtschnur zu den großen Banken werfen können. Wenn die Niederländer wählen könnten, würden sie sich gegen die ausufernden Gewohnheiten wenden, die großen fetten Boni und das Pfuschen mit Nebenjobs. Wie kann die Regierung gewöhnliche Bürger verfolgen, während sie gleichzeitig Milliarden für Banken und linksgerichtete Hobbys ausgibt, und Hunderte von Millionen für die 19.000 Asylanten, die uns im nächsten Jahr erwarten, mehr als das doppelte der Zahl des letzten Jahres!

Wenn die Holländer sagen würden, was sie über die Budgetkürzungen denken, also dann kann ich voraussagen, wie es sein wird: Fürsorge, Polizei, und Ausbildung sollen verschont werden. Gemäß den Holländern sollte es darüber kein Heulen und Zähneklappern geben. Aber die Grenzen sollten für weitere Glücksritter sofort geschlossen werden. Dann sollte der Entwicklungshilfepfad zugedreht werden, und es sollen keine Milliarden mehr zu diesem bürokratischen Moloch namens Europäische Union fließen. Dann sollte das öffentlich-rechtliche Linksfernsehen mit viel weniger Geld auskommen müssen, und es gäbe keine neuen teuren JSF [F-35 Kampfflugzeuge].

Wenn die Wähler entscheiden, würde die Fraktion der PvdA in einen Mini Cooper hinein passen. Wegsehen wird nicht mehr helfen. Die Koalition, die auf Grund gelaufen ist, kann ihren Kopf tief unter dem Armaturenbrett vergraben; die Wähler sind kurz davor, ihre Geduld zu verlieren, sie zählen die Tage bis zur nächsten Wahl, die spätestens am 11. Mai 2011 sein wird. Die Wähler wollen ein neues Parlament und eine neue Regierung statt dieses hilflosen Bündels in diesem gestrandeten kleinen Auto.

Aber wir wollen fair sein; es gibt auch vieles, was diese Regierung erreicht hat. Zum Beispiel funktioniert die Integration sehr gut ... jedenfalls die Integration der Niederlande in die Dar-al-Islam, die Islamische Welt. Diese Regierung arbeitet enthusiastisch an der Islamisierung der Niederlande. In ganz Europa hat die Elite die Schleusen weit geöffnet. In kurzer Zeit wird einer von fünf Menschen in der Europäischen Union moslemisch sein. Gute Nachrichten für diese Multikulti-Regierung, die die Verbeugung vor der Grausamkeit Allahs als ihre wichtigste Aufgabe ansieht. Gute Nachrichten für die CDA [Christlich Demokratische Partei, die Partei des Premierministers]:

C-D-A, steht inzwischen für Christians Serve Allah [Christen Dienen Allah].

Frau Vorsitzende, diese Regierung, diese Elite hat nicht den geringsten Willen, sich der Islamisierung entgegenzustellen. Nein, sie betrachtet sie als eine große Bereicherung der holländischen Landschaft. Alle jene behaglichen Moscheen, jene schicken Kopftücher, jene reizenden Burkas. Ja, die Niederlande werden wirklich schöner dadurch. Hier und dort werden von Zeit zu Zeit einige zu Tode kommen, oder einige werden vergewaltigt, und schließlich wird unser Land Bankrott gehen. Aber das alles wird den Spaß nicht verderben können. Nur ein Miesepeter würde dem Aufmerksamkeit schenken. Haben Sie etwas Geduld nur für eine kurze Zeit, weil wir dann die Islamische Utopie erwarten.

Frau Vorsitzende, eine bessere Umgebung beginnt bei einem selbst. Viele Holländer sind über die Verschmutzung des öffentlichen Raums durch den Islam verärgert. Mit anderen Worten, unsere Straßen sehen an einigen Stellen zunehmend aus wie Mekka und Teheran. Kopftücher, Hass-Bärte, Burkas, Männer in langen unheimlichen weißen Kitteln. Lassen Sie uns etwas dagegen tun. Lassen Sie uns anfangen, unsere Straßen zurückzuerobern und sicherzustellen, dass die Niederlande wieder wie die Niederlande aussehen werden. Diese Kopftücher sind ein wahres Zeichen der Unterdrückung von Frauen, von Unterwerfung, von Eroberung. Es ist ein Symbol einer Ideologie, die dort draußen ist und uns kolonisieren soll. Deshalb: Es ist Zeit für einen Frühjahrsputz in unseren Straßen. Wenn unsere neuen holländischen Bürger ihre Liebe zu dieser Wüstenideologie des siebenten Jahrhunderts so dringend zeigen wollen, dann sollten sie das in einem moslemischen Land, aber nicht hier, nicht in unserem Land, tun.

Frau Vorsitzende, dieses Land hat eine Verbrauchssteuer auf Benzin und Diesel, es hat Parkzonen und eine Hundesteuer, es hat eine Flugticketsteuer und eine Verpackungssteuer, also warum sollen wir nicht das Kopftuch besteuern? [Eine Kopflumpensteuer](#). Nehmen Sie eine Lizenz einmal jährlich, und zahlen Sie dafür sofort mit Bargeld. 1000 € pro Jahr klingt für mich nach einer glatten Summe. Dann würden wir schließlich etwas Geld daraus zurückbekommen, was uns so viel gekostet hat. Ich würde sagen: Der Verschmutzer muss zahlen. Meine Frage: Ist die Regierung bereit, eine Kopftuchsteuer einzuführen?

Frau Vorsitzende, die Regierung weigert sich, dem Bürger zu erzählen, wie viel die Masseneinwanderung und die Anwesenheit von nichtwestlichen Einwanderern uns kosten. Die Regierung weigerte sich, auf unsere Fragen zu antworten. Glücklicherweise wissen wir ungefähr was uns dieser Spass kostet. Die holländische Wochenzeitung Elsevier hat eine Berechnung angestellt und präsentierte mehr als zweihundert Milliarden Euro. Um genau zu sein: [216 Milliarden Euro](#). Für dieses Jahr allein, bedeutet das bereits fast 13 Milliarden Euro.

Aber, Frau Vorsitzende, diese Regierung will es nicht wissen. „Weil wir auch nicht ausrechnen, wie hoch die Kosten für die Alten sind,“ sagt die Regierung. Wie kann es sein, dass wir nicht wissen, wieviel ein älterer Mensch kostet? Jemand in einem Pflegeheim kostet 165 € pro Tag, ein Gefangener 192 € und TBSer [eine Maßnahme des niederl. Strafrechts] 476 €.

Aber wenn es um das Wahlvieh der Sozialistischen Partei [PvdA] geht, dann passiert plötzlich folgendes: Augen zu und die Hacken zusammenschlagen. Dann muss die Wahrheit unter der Motorhaube bleiben. Wenn es um die Einwanderung geht scheint diese Information plötzlich fast ein Staatsgeheimnis zu sein. Und das ist so, weil Einwanderung das Ergebnis einer Regierungspolitik ist, das Ergebnis der Entscheidung ist, die Schleusen weit zu öffnen.

Frau Vorsitzende, die Niederlande haben etwa eine Million Moslems. Viele von ihnen sind Einwanderer. Und keiner von ihnen kam hier hin aus Liebe zu den Niederlanden. Sie kamen nicht in Massen in die Niederlande, weil sie es für ein solch fabelhaftes Land mit allen jenen Ungläubigen, allen jenen Kaffirs hielten. Warum kamen sie dann? Also, zum Beispiel wegen der staatlichen Sozialleistungen. Und bevor Sie mich deswegen angreifen, ich bin nicht der Einzige, der das sagt. Der grünlinke Abgeordnete Tofik Dibi sagte kürzlich, dass junge Leute in Marokko die Niederlande als eine Art Schlaraffenland ansehen, wo sie Sozialleistungen bekommen können. Ein Schalter zum Mitnehmen für freies Geld, so wie ich es verstehe. Kurz gesagt, sie kommen hier hinaus reinen wirtschaftlichen Überlegungen heraus. Da drüben mittellos, hier ein fetter Vorteil.

Frau Vorsitzende, ist es dann eine solche Überraschung, dass wir anfangen uns zu fragen, wie viel uns dieses linke Hobby kostet? Dass wir eine Wirtschaftsberechnung anstellen wollen? Wenn sie es tun, warum können wir es nicht? Die Nachricht der Regierung ist: Sie zahlen und Sie halten das Maul, und wissen Sie was? Die Einwanderungsparty muss weitergehen, freuen Sie sich darauf, zwei Jahre länger dafür zu arbeiten [nach Ihrem Pensionierungsdatum]. Zwei Jahre der mühseligen Arbeit und des Schwitzens, um die Islamisierung zu finanzieren. Was für eine Vision!

Die Regierung verschweigt jene Kosten und setzt sogar die Verfassung deswegen außer Kraft. Die PVV wird dies morgen mit einem Misstrauensvotum belohnen. Wir werden auch selbst eine Untersuchung in Auftrag geben. Alle Niederländer können sehr gerne ihre Ideen dazu beitragen. Wieviel soll dieses uns wert sein? Welche Dinge haben wir vergessen? Wie viel kostet uns die Masseneinwanderung? Jeder wird bald dazu im Stande sein, unsere neue Website www.watkostdemassaimmigratie.nl [was kostet uns die Massenimmigration] zu besuchen. Bald geht es los. Wir werden unsere eigene Untersuchung durchführen, oder wir werden jemanden damit beauftragen.

Frau Vorsitzende, das ganze Geld, das uns die Massenimmigration kostet, können wir auf andere Weisen besser verwenden. Zum Beispiel, für unsere eigenen älteren Menschen. Finger weg von der [AOW](#) [staatliche Rentenversicherung]. Wir akzeptieren keine Verminderungen der AOW. Welch ein unsozialer Vorschlag! Und was für ein Unsinn: von den 63- und 64-jährigen Alten arbeiten heute weniger als 15 %. Wir sagen, dass diese Leute nicht zwei Extrajahre länger [bis 67] durcharbeiten müssen. Die Leute auf der Straße wissen, was das Problem ist. Sie können es Ihnen genau erzählen. Sie wissen, dass die Massenimmigration das Problem ist. Diese Kosten betragen mindestens 216 Milliarden in den letzten vierzig Jahren. Regierung, kommen Sie nicht auf die Idee, vier Milliarden bei der AOW einzusparen.

Kommen Sie nicht auf die Idee, die Rechnung an den kleinen Mann zu schicken.

Jeder sollte im Stande sein, mit 65 in Rente zu gehen. Unser Vorschlag ist: Schließen Sie die Grenzen für die Glücksritter aus moslemischen Ländern. Das wird uns Milliarden einsparen, was wir gut für die Sicherung der AOW gebrauchen könnten.

Wir stehen an einer Kreuzung: Entscheiden wir uns für mehr Masseneinwanderung oder entscheiden wir uns für unsere eigenen älteren Menschen? Die Partei für die Freiheit entscheidet sich für unsere älteren Menschen.

Frau Vorsitzende, eine gesunde Wirtschaftspolitik beginnt mit niedrigeren Steuern. Sie sind die notwendigen ersten Schritte auf der Straße zu einem besseren Holland und das kann bereits im nächsten Jahr geschehen. Deshalb haben wir einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Im Jahr 2010 beginnen wir mit einer Kürzung von sieben Milliarden der linken Hobbys und Subventionen. Damit senken wir die Einkommensteuer auf dem zweiten Niveau [Steuer auf das Einkommen und Eigentum und für die soziale Sicherung „Versicherungen“, die jetzt um 42 % liegen] um 3 %. Das bedeutet nicht einige Euro weniger [wie im Regierungsbudget], sondern einige hundert Euro mehr für eine durchschnittliche Familie. Viele Menschen werden deshalb mehr Geld in ihren Taschen haben. Wir reduzieren auch das Defizit um mehr als eine Milliarde Euro, daher können wir eine Milliarde veranschlagen für Fürsorge [wie zum Beispiel die häusliche Altenpflege] und wir werden schließlich das gestohlene „Kok Viertel“ kürzen [vorläufige Extrasteuer auf Benzin von 25 Cent, die vom sozialistischen Finanzminister Wim Kok 1991 eingeführt wurde, um Budgetkürzungen auszugleichen und die dann zur Dauereinrichtung wurde] an der Tankstelle. Und von der PVV keine Kürzungen im Polizeibudget. Nicht ein Penny. Wir werden die unverantwortlichen Kürzungen durch diese Regierung bei der Polizei komplett annullieren.

Und, abgesehen von der Steuerverminderung, haben wir andere Pläne um die Wirtschaftskrise, wo das möglich ist, ein bisschen abzumildern. Zwei Pläne um die Wirtschaft zu stärken. Erstens: wir kappen die Eigentumserwerbssteuer um 50% [Steuer auf Hausverkäufe, um 6-8 % des Verkaufspreises]. Das wird den Immobilienmarkt am Anfang langsam wieder beleben, weil der Kauf eines Hauses preiswerter wird.

Zweitens: Wir erhöhen die Schaffung von Arbeitsplätzen, indem wir zeitlich begrenzt Arbeit preiswerter machen. Die PVV budgetiert 320 Millionen Euro, um Leuten zu helfen, die ihre Jobs verloren haben, um auf einem schnelleren Weg zu einem Job im privaten Sektor zu kommen. Wir kürzen die Sozialversicherungsbeiträge ein Jahr lang für Arbeitgeber, die Arbeitslose übernehmen. Das ermöglicht 100.000 Menschen, die ihre Jobs wegen der Krise verloren haben, zurückzukommen, um schneller in Arbeit zu kommen! 100.000 Menschen! Frau Vorsitzende, das scheint mir – während der größten Arbeitsplatzverluste seit dem Zweiten Weltkrieg – wesentlich wirksamer zu sein, als immer weiter Horden von polnischen Arbeitern zuzulassen, wie es die Regierung tut.

Die Regierung macht sich auf die größten Kürzungen überhaupt gefasst. „Alle politischen Tabus stehen für die Diskussion offen,“ sagte Wouter Bos [Vize-Premierminister und Finanzminister, Sozialist], der Mann, der die Bankiers mit vielen Milliarden beschenkt hat und jetzt will, dass die Allgemeinheit

die Rechnung bezahlt. Frau Vorsitzende, die Finanzpolitik dieser Regierung ist unhaltbar; ich verstehe, dass der finanzpolitische Sprecher der Sozialistischen Partei [PvdA], Herr Tang, wirklich alles getan hat, was er konnte, um darüber keine Debatte führen zu müssen.

Frau Vorsitzende, Monsieur Bos sollte endlich mit seinem eigenen linken zähen Fleisch beginnen. Und lassen Sie Ihre Finger von der Krankenversicherung, der Polizei, und der Bildung. Es wird nicht leicht sein, Ihr eigenes Wahlklientel anzusprechen, aber es kann getan werden. Frau Vorsitzende, kürzen bei den linken öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, eine Minimierung des Beitrags zur Europäischen Union, ein Stopp der Kunst-Subventionen, ein Stopp – abgesehen von der Soforthilfe – dieser verrückten Entwicklungshilfe, und kein teures JSF Flugzeug.

Frau Vorsitzende, das Verbrechen muss viel härter bestraft werden. Die Niederlande sollten Straße für die Straße, Nachbarschaft für Nachbarschaft, Strandparty für Strandparty zurückerobert werden. Mit Beamten, die beinhart gegen Verbrecher vorgehen, anstatt Geldstrafen für Verkehrssünder zu fordern, die um einige Meilen zu schnell gefahren sind, wie dies von den Leuten von oben angeordnet wurde. Frau Vorsitzende, der Abschaum, der zur Strecke gebracht wurde, muss eine richtige Strafe erhalten. Noch länger hinter Schloss und Riegel. Nie wieder ein sozialer Dienst oder eine niedrige Gefängnisstrafe für Vergewaltigung. Wir müssen marokkanische Straßenterroristen festnehmen. Wir müssen sie beinhart rannehmen.

Frau Vorsitzende, in unseren neuen Niederlanden wird die schwerste Strafe eine Haftstrafe sein und deshalb soll es so nicht in einem Pflegeheim aussehen. Die Krankenschwestern sind dort wirklich freundlich, aber es gibt nicht genug von ihnen, deshalb wollen wir unter anderem für die Pflege zusätzliche eine Milliarde. Eine 24-stündige Windel ersetzt zwar die Toilette für den Moment, es gibt aber keine Zeit für eine tägliche Dusche. Um eine Zigarette zu rauchen, muss der ältere Mensch – häufig mit dem Rollstuhl und allem anderen – nach draußen transportiert werden. Aber oft sind sie seit Tagen oder seit Wochen nicht mehr draußen gewesen. Sie müssen sogar zusätzlich dafür zahlen, dass ihre Kleidung gewaschen wird und sie einen Keks zu Ihrem Kaffee bekommen? Das ist häufig etwas, das in der Vergangenheit passiert ist.

Für den Verbrecher sieht es dagegen ganz anders aus. Sie haben es im Gefängnis viel besser. Sie sind berechtigt, jeden Tag eine Stunde Ausgang zu haben, sie haben das Recht auf Freizeit und auf Sport. Kleidung, Schuhe? Absolut frei. Gefängniszellen sind voller Rauch, weil ihnen erlaubt wird, dort zu rauchen. Sie haben mehr Wächter pro Gefangenen als es Krankenschwestern für den älteren Menschen gibt.

Der PVV Vorschlag ist kristallklar. Ältere Leute müssen es viel besser haben als Gefangene. Aber im Moment ist es genau andersherum. Das muss sich ändern, und ich sähe gern den Premierminister, der darauf eine Antwort gibt. Geben Sie unseren Alten in den Pflegeheimen mehr Rechte als Gefangenen, und nehmen Sie den Schurken im Gefängnis jeglichen Luxus weg. Keine Spielekonsolen, keine Fernseher mehr, kein Halal-Essen, kein Sport und keine Freizeit. Lassen Sie sie fühlen, dass sie Verbrecher sind. Und verwöhnen Sie unsere Alten.

Geben Sie ihnen mindestens soviele Begleiter, wie es Wächter im Gefängnis gibt. Geben Sie unseren Alten das Recht, jeden Tag zu duschen, jeden Tag auszugehen, in ihren eigenen Zimmern zu rauchen. Frau Präsidentin, es ist doch nicht zu viel verlangt danach zu fragen, dass die Leute, die im Hungerwinter [1944-45] Tulpenzwiebeln essen mussten, die am Wiederaufbau der Niederlande nach dem Krieg arbeiteten – dass diese Leute ein besseres Leben haben können als Einbrecher, Vergewaltiger und Mörder.

Wegen solchen Missbrauchs will die PVV auf die Barrikaden gehen. Auch die Regierung wird gelegentlich wütend, aber aus anderen Gründen. Die [sozialistische] Innenministerin Ter Horst rief kurz vor dem Sommer nach einer wahren Revolte. Eine Revolte von wem? Also, eine Revolte der Elite! Hat ein holländischer Minister jemals irgendetwas so Bizarres vorher gesagt? Fräulein Ter Horst ernannte sich selbst zu einem Che Guevara des Binnenhofs [Parlamentsgebäude in Den Haag]. Überdurchschnittliche aller Länder vereinigt euch! Sie haben nichts weiter zu verlieren als Ihre Nebenjobs.

Frau Vorsitzende, ich fasse zusammen. Die Niederlande würden so viel besser ohne diese Regierung aussehen. Reicher. Sicherer. Sozialer. Und vor allem: Niederländischer. Die Elite träumt ihre süßen rosa Träume, aber die Menschen sind nicht verrückt. Die Menschen, die seit Jahrzehnten verraten worden sind, werden es nicht mehr hinnehmen. Veränderung liegt in der Luft. Hoffnung glimmt auf am Horizont. Sie können es überall fühlen. Es hört nicht auf. Jeder sieht es. Außer den Leuten in diesem kleinen Auto, im Dunkel der Nacht, irgendwo mitten im Wald. Festgesteckt im losen Sand. Die Batterie ist kaputt. Es ist pechschwarz und tödlich leise. Ein Hund uriniert gegen ein Vorderrad. Van der Laan isst sein letztes Brötchen mit halal Fleisch. Es kann nicht mehr viel länger dauern. Die wilden Tiere riechen bereits ihren kalten Schweiß. Niemand wagt, irgendetwas zu sagen. Wouter [Bos] verbirgt seine ängstlichen Blicke hinter seinem – Spesenkonto – RayBan Sonnenbrille.*

Sie sind alle verloren. Niemand sorgt sich mehr um sie. Das Schweigen wird nur durch das kleine GPS Gerät gestört, das dieser Regierung sagt, „Sie haben Ihren Bestimmungsort erreicht“.

Es ist Zeit für Wahlen!

* Vor einem Monat wurde bekannt, dass sich Finanzminister Wouter Bos für den Eigengebrauch einige teure Ray Ban-Brillen mit einer Kreditkarte der Regierung gekauft hatte.

[Video der Rede](#)

Teil 1:

Teil 2:

(Übersetzung aus dem Englischen: Liz / die-gruene-pest.com; Holländisches Original: www.pvv.nl; Englische Übersetzung: www.gatesofvienna.blogspot.com)



Medien warnen vor „Rechtsruck“ in Norwegen



In Norwegen haben gestern die zweitägigen Parlamentswahlen begonnen. Umfragen zufolge muss die Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Jens Stoltenberg um eine Wiederwahl bangen. Zünglein an der Waage könnte die charismatische Siv Jensen (Foto) von der islamkritischen Fortschrittspartei (FRP) sein, die bei Umfragen derzeit jeden vierten norwegischen Wähler hinter sich weiß.

Und schon warnen natürlich die ersten deutschen Medien vor einem Erfolg der bösen rechten Partei.

Der [Tagesspiegel](#) etwa nennt Jensen „ausländerfeindlich“:

In Norwegen hat erstmals in Westeuropa eine rechtspopulistische Partei eine realistische Chance, den Regierungschef zu stellen: die ebenso populistische wie ausländerfeindliche Fortschrittspartei (FRP). (...) Jensen gilt zwar als gemäßiger und rein menschlich gesehen auch als sympathischer als ihr kantiger, ultrarechter Vorgänger Carl Hagen, doch auch sie scheut sich nicht, offen und derb Muslime zu beleidigen.

Für die [Frankfurter Rundschau](#) ist Jensens Rhetorik...

...die der klassischen Aufrührer von rechts: härtere Strafen für Kriminelle, härtere Regeln für Zuwanderer. Sie warnt vor der „schleichenden Islamisierung“ der norwegischen Städte oder sagt, dass in Oslo „alle Überfallsvergewaltigungen der letzten drei Jahre“ von „nicht-westlichen Einwanderern“ begangen seien.

Dem wird ein Quäntchen Lifestyle-Populismus beigemischt: mehr Tempo auf Autobahnen, keine Straßenmaut, leichter Zugang zu Alkohol. Und es werden massive Wohlfahrtsverbesserungen und niedrigere Steuern versprochen. Über die Finanzierung zerbricht sich die gelernte Volkswirtin nicht den Kopf.

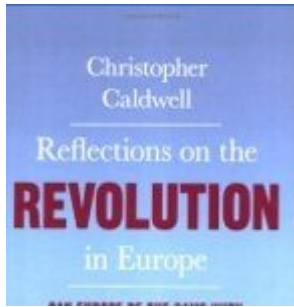
Manchmal reichen auch Überschriften, um beim Leser die richtige Wirkung zu entfalten. So titelt beispielsweise n-tv: [„Populisten bedrohen Rot-Rot-Grün“](#) und die Märkische Allgemeine fabuliert: [„Rechtsradikale will in Oslo regieren“](#).

Dass Jensen alles andere als eine „Rechtsradikale“ ist, haben wir in einem unserer [Beiträge über sie](#) bereits ausführlich beschrieben. Hier noch einmal ein Auszug des [Wahlprogramms der Fortschrittspartei](#). Was daran „rechtsradikal“ ist, soll jeder selbst entscheiden:

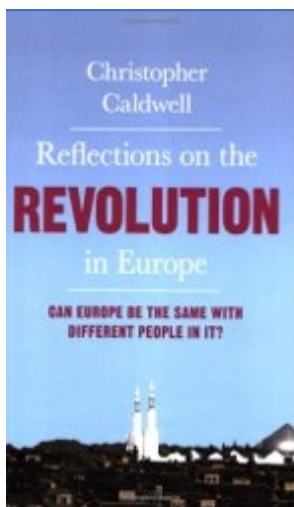
Die FrP setzt sich für die Begrenzung der Immigration, Ausweisung krimineller Ausländer und freie Marktwirtschaft ein. Weitere Programmpunkte sind:

- * Privatisierung staatlicher Unternehmen.
- * Steuersenkungen und Vereinfachung des Steuersystems.
- * Engere Partnerschaft mit Israel und USA
- * Bekenntnis zur christlich-abendländischen Tradition sowie das in der christlichen Weltanschauung verwurzelte kulturelle Erbe.
- * Im sozialen Bereich Rückzug des Staates und mehr auf Privatinitiativen setzen.
- * Privatisierung des Bildungssystems, für das Bildungsgutscheinmodell.
- * Unabhängigkeit der norwegischen Zentralbank.
- * Ablehnung des Kyoto-Protokolls (die Partei ist die einzige im Storting, die keine menschlichen Ursachen für die globale Erwärmung sieht).

Es wäre zu wünschen, wenn am heutigen Tag von Norwegen aus folgendes Signal nach Europa ausgehen würde: Auch islamkritische Parteien können Sieger bei Parlamentswahlen sein!



Europa, überrollt von der islamischen Revolution



Die Eliten der Nachkriegsgeneration, berauscht vom Taumel des wirtschaftlichen Aufschwungs, haben sich zu wenig Gedanken darüber gemacht, welche Folgen es haben würde, billige Arbeitskräfte als Gastarbeiter – wohl in der Idee, die Gäste würden später wieder gehen – ins Land zu holen. In den 70er-Jahren, als das Problem als solches langsam erkannt wurde, war es schon zu spät. Der Familiennachzug hatte eingesetzt und die Massenzuwanderung erst begonnen. Die Revolution Europas nimmt ihren Lauf.

Dies kurz zusammengefasst die im Buch „[Reflections on the Revolution in Europe: Immigration, Islam and the West](#) (Überlegungen zur Revolution in Europa: Immigration, der Islam und der Westen) des US-Journalisten Christopher Caldwell aufgestellte These, wie sie [hier erörtert](#) und heute [in der Welt vorgestellt](#) wird.

Über zehn Jahre lang hat Caldwell die Geschichte der Zuwanderung nach Europa recherchiert, von Malmö bis Rom, von Dublin bis Duisburg, und sein Ergebnis ist finster. „Europa hat seinen Bedarf an Arbeitskraft von Zuwanderern überschätzt. Der wirtschaftliche Nutzen, den die Zuwanderung gebracht hat, war minimal und temporär. Er ist längst Vergangenheit.“ Dafür, so glaubt Caldwell, waren die sozialen und kulturellen Umwälzungen infolge der Massenimmigration massiv und dauerhaft. Die Einbindung neuer ethnischer Gruppen in Europas Gesellschaften war nicht einfach eine Addition zu dem, was da ist, sodass es nun bunter ist als vorher.

Es ist eine massive Veränderung, eine Revolution. Der Wohlfahrtsstaat ist praktisch nicht mehr zu halten; das Zusammenwachsen der EU erschwert, der Säkularismus europäischer Provenienz durch die Ankunft des Islam auf eine harte Probe gestellt. „Kann Europa bleiben, was es ist, obwohl andere Leute darin leben?“, fragt Caldwell. Die Antwort ist Nein. ...

Europa war nicht ganz bei sich, als es beschloss, massiv um Zuwanderer zu werben. Es lag in Trümmern, materiell und ideell. Die Eliten der Nachkriegszeit hätten entweder gar nicht groß über die Folgen ihres Tuns nachgedacht – oder sich vollkommen verschätzt. Sie dachten, die Zuwanderer würden nicht lange bleiben (das dachten diese selbst auch), es würden nicht viele kommen, und sie würden genau in den kurzfristigen Engpass springen, der sich wegen der vielen toten Europäer aufgetan hatte. „Niemand glaubte, sie würden jemals Anspruch auf Sozialhilfe erwerben. Dass sie die Gewohnheiten und Kulturen südländischer Dörfer, Familienclans und Moscheen beibehalten würden, erschien als völlig bizarrer Gedanke.“

Deutschland sieht sich als betroffener Staat allerdings trotz der bedrohlichen Lage immer noch nicht mit einem Problem konfrontiert:

Wenn man den deutschen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble auf diese paradoxe Entwicklung anspricht, erhält man eine verblüffende Antwort. „Wir waren nie ein Land, das aussucht“, erklärte Schäuble vergangene Woche im [Gespräch mit WELT ONLINE](#), als ginge es um den Verlauf der deutschen Küsten oder andere Naturgegebenheiten. Warum eigentlich nicht? Und auf die Frage, wie es sein konnte, dass eine Demokratie diesen Prozess jahrzehntelang gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgedrückt hat, hieß es: „Je besser die Integration gelingt, desto weniger Fremdenfeindlichkeit gibt es.“ Den Menschen müsse man sagen: „Verschiedenheit ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.“

Da hat Christopher Caldwell seine Zweifel.

Die Positive Grundeinstellung vieler Deutscher gegenüber Zuwanderung rührt auch daher, dass wir hoffen, den Wohlfahrtsstaat durch Bevölkerungswachstum über Kinder mit Migrationshintergrund retten zu können – eine Rechnung, die nicht aufgeht. Erschwerend zum Problem der Umstrukturierung der Bevölkerung hinzu kommt der deutsche Selbsthass.

Eine fatale Mischung aus deutschem und europäischem Selbsthass (begründet in der Nazi-Vergangenheit, Kolonialismus, Werteverlust) und islamischer „Hyper-Identität“ führt nach Caldwell's Auffassung dazu, dass Europäer vor allem dem Massenzustrom muslimischer Migranten hilflos gegenüberstehen.

„Warum in Gottes Namen“, zitiert Caldwell den Verfassungsrichter

Udo Di Fabio, „sollte eine vitale Weltkultur sich in eine westliche Kultur integrieren wollen, wenn diese – die nicht genügend Nachwuchs produziert und nicht mehr länger über eine transzendente Idee verfügt – sich ihrem historischen Ende nähert?“

Versuche, beispielsweise in der Islam-Konferenz zu einem Modus Vivendi zu kommen, hält Caldwell naturgemäß für naiv. Wie es sich für ein konservatives Manifest gehört, stellt sich am Ende von Christopher Caldwell's „Reflexionen über die Revolution in Europa“ (bisher nicht auf Deutsch erschienen) das triste Gefühl ein, dass mit wohlmeinender Politik nicht viel zu machen ist. „Der amerikanische Erfolg mit der Zuwanderung“, so schreibt er, sei nicht zuletzt das Produkt „brutaler Indifferenz und eines Regierungshandelns, das für die meisten Europäer abstoßend ist“.

Härteres, konsequenteres Durchgreifen oder Untergang – das sind die Alternativen.

(Mit Dank an alle Spürnasen)



[Ver.di-Kampagne gegen Rolf Stolz geht weiter](#)



Rolf Stolz (Foto) ist seit 1967 politisch aktiv – zunächst im SDS und in der „Vereinigten Linken“, danach als (Gründungs)Mitglied der GRÜNEN. Er ist Autor von bisher 18 Büchern – vom Sachbuch („Die Mullahs am Rhein“, „Kommt der Islam?“ „Deutschland, deine Zuwanderer“ usw.) bis zur

Belletristik. Seit 1990 ist er Mitglied des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der Gewerkschaft ver.di.

Über ihn schreibt [Wikipedia](#):

Stolz ... beschreibt seine politische Position in einem Interview mit der Jungen Freiheit so: „Als dissidentischer Linker stehe ich seit Jahren zwischen den Fronten.“ Kritisch beschäftigt er sich mit den Themen Immigration und „Integrationsverweigerung“. So tritt er für ein „Aktionsbündnis gegen den Islamismus“ ein und fordert, den Einfluß des Islamismus in Deutschland zurückzudrängen. Dies hat ihm neben Zustimmung (so von Arnulf Baring und Ralph Giordano) auch Kritik wie Vorwürfe der Ausländerfeindlichkeit und der Islamfeindlichkeit eingetragen.

Nun, eine Große Koalition aus Alt- und Jungstalinisten und Multi-Kulti-Fanatikern belässt es nicht bei Vorwürfen. Nachdem schon 1995 Versuche scheiterten, Rolf Stolz aus dem VS auszuschließen, läuft seit einem Jahr eine neue Kampagne – massiv geschürt von der sogenannten „Antifa“ und vom „Neuen Deutschland“, wo am 18. 12. 2008 ein Artikel gegen ihn erschien, in dem R. Giordano als „Salonrassist“ verunglimpft wurde.

Willi Vogt, der Landesbezirksfachbereichsleiter des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie im ver.di Landesbezirk NRW, hielt am 1. 7. 2009 ein Referat auf einem als „Informationsveranstaltung“ bezeichneten Tribunal „zur Auseinandersetzung um die ver.di Mitgliedschaft von Rolf Stolz“. Dieses Referat fand Eingang in einen am 4. 8. 2009 in der PDS-nahen Netzzeitung „Neue Rheinische Zeitung“ (NRhZ) veröffentlichten Artikel, für den Willi Vogt und Peter Kleinert, ein immer wieder durch antisemitische Attacken auffälliger Redakteur der NRhZ, verantwortlich zeichnen. Das Referat wird hier weiterentwickelt durch eine massive Lüge (die Mehrheit der Anwesenden hätte eine Petition für den Ausschluß von Rolf Stolz unterzeichnet) und neue Etikettierungen („muslimfeindliche Positionen“, „rechtsextreme ‚Junge Freiheit‘“).

Der Vorstand des VS NRW, des Verbandes Deutscher Schriftsteller, Unterorganisation der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, zeigt ein besonderes Verständnis von Dienstleistung gegenüber politischen pressure groups (in freier Übersetzung: Erpressergruppen) aus PDS/„Die Linke“ und SPD. In deren Auftrag und im Widerspruch zur Haltung des Kölner VS-Vorstands distanziert er sich seit kurzem auf seiner Netzseite von Rolf Stolz, vom Erbe der Aufklärung und vom rationalen Denken. Rolf Stolz schreibt dazu:

So wie zwei mal zwei nun einmal unbegreiflicherweise nicht fünf ist, so ist eine Kritik an einzelnen reaktionären Ausländern und Ausländergruppen, die in meinen Texten in der Tat zu finden ist und zu der ich mich nachdrücklich bekenne, gerade keine Verdammung ALLER Ausländer. Wer Adolf Hitler verabscheut, haßt deshalb nicht alle Österreicher. Will der VS-Vorstand NRW behaupten, ALLE

Ausländer in Deutschland seien Demokraten und Menschenfreunde? Unter ihnen sei kein einziger „Todfeind der Demokratie, des inneren Friedens und der christlich geprägten Europäer“, kein Gotteskrieger, kein Drogenhändler, kein Terrorist, kein Ehrenmörder, kein Juden- und Deutschenhasser? Abgesehen einmal davon, daß es befremdet, wenn man anno 2009 nur über zehn Jahre alte Zitate gegen mich anführt – was ist an diesen falsch und verwerflich? Ist der VS-Vorstand NRW etwa FÜR die Zerstörung unserer Kultur und unseres Wohlstandes? (...)

Ich habe die gegen mich seit über einem Jahr zu Felde ziehende Clique mehrfach vergeblich aufgefordert, mir einen einzigen Satz in meinen Veröffentlichungen zu nennen, in dem ich Negatives über ALLE/DIE Ausländer bzw. über ALLE/DIE Muslime in Deutschland sage. Man konnte dies nicht – verleumdet aber munter weiter. Will der VS-Vorstand NRW irgendeinem denkenden Menschen weismachen, ich könnte noch Mitglied der GRÜNEN sein, wenn ich ein Rechtsextremer oder ein Ausländerfeind wäre? Der Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk hat mit mir zwei parteiübergreifende wissenschaftlich-politische Konferenzen zur Zuwanderungspolitik in Räumen des Bundestags organisiert und die Ergebnisse anschließend mit mir zusammen herausgegeben. Mit einem Ultrarechten? Wäre ich, was der VS-Vorstand NRW behauptet, hätten dann prominente Sozialdemokraten (Friedhelm Farthmann), prominente DDR-Dissidenten (Rainer Eppelmann), prominente Liberale (Rainer Ortleb) den von mir formulierten „Bayreuther Aufruf – Für eine Politik der Vernunft, die Zuwanderung gestalten, die Eingliederung verstärken“ unterzeichnet? Said Kahla, Künstler, Reform-Muslim, Sozialdemokrat und einer der Sprecher der Algerier in Deutschland, hat mit mir gemeinsam den Islamistenverband VIKZ bekämpft, hat zwei meiner Bücher künstlerisch gestaltet: Ein Zuwanderer als Freund eines Ausländerfeinds?

Rolf Stolz nennt es

Wahnsinn, die Kaplan-Bande oder Milli Görüs deshalb unkritisch zu beschweigen oder sogar zu bejubeln, weil auch diese Vereine ähnlich wie die NPD zum Teil Lohnabhängige organisieren. Zuwanderung ist auf Zustimmung der Stammbevölkerung angewiesen. Gerade weil ich stets für Zuwanderung (aber in gesellschaftlicher Verantwortlichkeit und nicht nach den hemmungslosen Profitinteressen des Großkapitals!) eingetreten bin, warne ich davor, unser Volk zu überfordern. Niemandem ist damit gedient, wenn Menschen in ein fremdes Land als Gastarbeiter kommen und auf Dauer ohne Arbeit sind – wer kommt, sollte außerhalb des Asylrechts und des Kulturaustausches wie in den klassischen Einwanderungsländern seine Eignung für den Arbeitsmarkt nachweisen, von seiner Arbeit leben und davon gut leben können. (...)

Willi Vogt orakelt herum, ob ich nun rechts, links, nationalrevolutionär sei, um mit dem Chaos in seinem Kopf ein Chaos im Kopf der Hörer bzw. Leser zu erzeugen. Würde er sich mit mehr

beschäftigt haben als mit einigen herausgerissenen Zitaten, wüßte er, daß ich ein demokratischer Linker bin aus der stalinismusfeindlichen Strömung eines patriotischen Internationalismus, für die Namen wie Rudi Dutschke, Peter Brandt (Historiker, Sohn Willy Brandts) und Herbert Ammon (Historiker und Publizist) stehen (siehe u. a. die berühmte, bei Rowohlt erschienene Einführung von Brandt und Ammon „Die Linke und die nationale Frage“). (...)

Wie Ralph Giordano, Necla Kelek oder Mina Ahadi wünsche ich mir, daß unsere Warnungen dazu beitragen, unsere Befürchtungen nicht eintreten zu lassen. Ich weiß, daß es viele Zeitgenossen gibt, die unsereinen für einen Alarmisten halten. Andererseits wird auch ein Willi Vogt sich bewußt sein, daß viele Gewerkschaftsmitglieder seine Auffassungen wie die von Herrn Bielefeldt & Co. als selbstmörderischen Selbstbetrug ansehen. Wer Recht behalten wird, was Sache ist, was aus unserem Land und auch aus den Gewerkschaften wird – das wird der Gang der Geschichte erweisen.

Der vollständige Text der Dokumentation ist auf dem [BPE-Blog](#) zu finden.

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Rolf Stolz verlangt Gegendarstellung in der NRhZ](#)
- » [Linke blasen zum Halali auf Rolf Stolz](#)

„Pack die Badehose ein...“



Und dann geh, wie der alte Schlager es empfiehlt, besser ins Strandbad Wannsee als in ein ethnisch zu stark bereichertes Freibad. Gleich 50 Leute, meist türkischer und arabischer Herkunft, mussten im Columbiabad in Neukölln am Sonntag mit polizeilicher Hilfe [auf die Straße gesetzt werden](#), nachdem sie sich benommen hatten, als wenn das Bad ihnen gehören würde.

Bei den Störenfrieden handelt es sich um 50 Kinder, Jugendliche und junge Männer zwischen elf und 24 Jahren. Fast alle sind türkischer oder arabischer Herkunft. Sie seien zu Dutzenden von den Längsseiten in das Becken gesprungen und hätten ebenso zu Dutzenden den Sprungturm und die Rutsche belagert, schilderte der Sprecher der Bäderbetriebe, Matthias Oloew, die Situation. „Damit gefährden sie andere und sich auch.“ Das flächenmäßig zweitgrößte Freibad besuchten am Sonntag insgesamt 6000 Leute. Die Tumulte geschahen zur „Spitzenzeit“ gegen 16.30 Uhr, als mehrere tausend Badegäste anwesend waren. Obwohl die Bademeister die Unruhestifter mehrfach aufforderten, Provokationen zu unterlassen, hörten sie nicht. Auch das Sicherheitspersonal sei wegen der Vielzahl der Leute überfordert gewesen, weshalb die Polizei gerufen wurde.

Wenn man immer Härte statt Verständnis zeigen würde, sähen die Immigrationsprobleme anders aus. Beim *Tagesspiegel* weiß man übrigens, wer die Probleme verursacht hat: Die drückende Hitze, ein echtes Problem im Freibad war schuld... Das sind genau die Gründe, warum wir die Zustände haben, die wir haben.

» Zum Thema [heute](#) auf Sat1 mit *Dank an Roland K. für den Hinweis*

(Danke an alle Spürnasen)